



Demokrat

tschechoslowakischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Mitstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung des
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1928.

Gegen die Staatsbeamten!

Nun sollen auch die Staatsbeamten und Staatsbediensteten daran glauben müssen! Erst hieß es, daß eine Reduzierung der Bezüge der Staatsangestellten vor dem Frühjahr nicht in Aussicht genommen sein; denn weder der Kurs der Krone könnte als stabilisiert angesehen werden, noch wäre gewiß, ob die im Herbst erfolgte und wahrlich nicht bedeutende Herabsetzung der Waren- und Lebensmittelpreise eine dauernde wäre. Darum müsse man, so suchte man die Staatsangestellten zu beruhigen, vorerst, ehe an einen Abbau ihrer Teuerungszulagen gedacht werden könnte, die Gestaltung der Verhältnisse eine Zeitlang abwarten. Aber es müßte an der Spitze des Finanzministeriums nicht Herr Dr. Raschin stehen, wenn diese Versicherung hätte Wahrheit werden sollen. Dieser Mann der „starken Hand“ will nicht warten, bis eine dauernde und angemessene Preisermäßigung eine neuerliche Herabsetzung der Staatsangestelltengehälter rechtfertigen würde, sondern er will schon jetzt die unter dem Kommando seiner Partei stehende nationale Regierungsmehrheit dazu bestimmen, einen Schlag gegen die Existenzgrundlagen der Staatsangestellten zu führen. Er will, daß ab 1. Jänner 1923 von den Bezügen aller Staatsangestellten, auch jener der militärischen Angestellten, hundert Prozent der Einkommensteuer anstelle der bisher in Abzug gebrachten fünfundsiebzig Prozent, abgezogen werden sollen. Weiters sollen die aktiven Staatsbeamten, welche bereits die Berechtigung zum Bezüge der vollen Pension erreicht haben, aus den bisherigen Pensionsrücklagen fünfundsiebzig Prozent der Pensionsbeiträge zahlen, von welcher Leistung sie bisher befreit waren. Die Nachricht von diesem neuesten Raschinschen Attentat hat, wie begreiflich, die Staatsangestellten in höchste Erregung versetzt, denn die ihnen drohende Verkürzung ihrer Bezüge würde ihr ohnehin dürftiges Leben vielfach zu einem Hungerdasein machen.

Es ist wahr, daß der Staat sich in finanziellen Nöten befindet und es ist auch nicht zu bestreiten, daß seine Personalausgaben sehr hoch sind, wenn auch die unmittelbaren Ausgaben für die Staatsangestellten nicht so hoch sind, wie sie Herr Dr. Raschin anzugeben beliebt, denn er rechnet in diese Ausgaben auch jene für die Erhaltung der zahllosen Offiziere und Militärgagisten mit ein; dadurch kommt Raschin, der Rechenkünstler, zu einer Zahl von 352.256 Staatsangestellten, die samt den Teuerungszulagen einen Aufwand von acht Milliarden im Jahre notwendig machen. Aber die Frage der Bezahlung der Staatsangestellten kann nicht mechanisch auf Grund der dem Staate dadurch verursachten Gesamtkosten gelöst werden, vielmehr kann als einzige Berechnungsgrundlage nur die Leistung und die Existenzmöglichkeit der Staatsangestellten dienen. Herr Dr. Raschin sieht aber nur das kaffende Loch im Staatshaushalt und anstatt sich nach der Möglichkeit anderer Ersparnisse umzusehen, will er hunderte von Millionen Kronen von den Bezügen der Staatsangestellten zur Verminde rung des Defizites glatt in Abstrich bringen, ohne sich im geringsten darum zu bekümmern, ob den Angestellten dann noch soviel verbleibt, daß sie und ihre Familien davon leben können. Zu dieser Art von Finanzpolitik, die an die Geschichte des seligen Prokrustes erinnert, gehört wahrhaftig nicht viel Verstand, und wenn Herr Dr. Raschin zur Heilung des Defizites des Staates kein anderes Mittel kennt, als das blindwütige Drauflosstreichen in gewissen Ausgabenposten, ohne zu bedenken, ob dabei die Menschlichkeit und das Wohl des Staates gewahrt bleiben, so hat er sein ihm nachgerühmtes Finanzgenie mit dem Erfinden dieses Planes nicht gerade sehr strapaziert. Das was Raschin hier tun will, das würde jeder auch jüngere Amtsbürokrat in seinem Ministerium, vorausgesetzt, daß er die nötige Strupello sigkeit dazu aufbrächte, ebenso zustande bringen.

Der Herr Finanzminister sucht die von ihm geforderte Herabsetzung der Beamtenge-

Positive Vorschläge Deutschlands zur Reparationsfrage.

Wien, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett hat sich heute mit der Reparationsfrage beschäftigt und sich dafür entschieden, der Reparationskommission nunmehr positive Vorschläge zu übermitteln. Es handelt sich um die Aufnahme einer internationalen Anleihe, die zu Reparationszahlungen und einer innerdeutschen Anleihe, die zur Sanierung der deutschen Wirtschaft verwendet werden. Der Reichsfinanzminister wird morgen den Parteiführern über den Stand der Unterhandlungen berichten. Pariser Blätter berichten, daß der Reichsfinanzminister Hermes selbst die Vorschläge nach Paris bringen wird.

Kann man im allgemeinen damit einverstanden sein, daß positive Vorschläge gemacht werden, so ist doch Vorsicht geboten gegen die Bestrebungen der Großindustriellen, in direkte Verbindung mit der französischen Industrie zu treten. Schon der Stinnes-Vertrag war ein Vorläufer der Versuche, unter dem Deckmantel der Reichspolitik die Interessen der Industriellen zu stärken und die Wirtschaft zu monopolisieren.

880 Milliarden Reichsschuld.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Im Haushaltsausschuß erstattete Reichsfinanzminister Hermes einen Bericht über die Folgen der Markentwertung. Es ist augenblicklich überhaupt nicht möglich, einen Haushaltsplan aufzustellen. Die Lösung der Reparationsfrage ist die Voraussetzung der Sanierung des Staats. Man müsse auf jeden Fall eine Auslandsanleihe zu erreichen suchen. Die ganze Welt hat ein Interesse daran, daß die Reparationsfrage bald überall in sachlicher Weise gelöst wird. Die Reichsschuld beträgt bereits 880 Milliarden Mark.

Die Ausführungen des Ministers sind ein offizieller Hinweis darauf, daß die Regierung an einem neuen Reparationsplan arbeitet. Allerdings hat der Minister nicht gesagt, was die Regierung in der Frage der inneren Sanierung zu tun gedenkt, wenn sie für ihre Pläne im Ausland kein Verständnis findet. Auch vermehrt man eine Äußerung über die Belämpfung der Spekulationswirtschaft.

Die Entmilitarisierung der Meerengen

Die Vorschläge der Allierten.

London, 7. Dezember. Ergänzender Nachrichten zufolge enthalten die Vorschläge der Allierten in der Angelegenheit der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen folgende besondere Bestimmungen: In Friedenszeiten (wie teilweise schon bekannt ist) darf keine Macht eine stärkere Flotte in das Schwarze Meer entsenden als zu dieser Zeit die Flotte eines Uferstaates ist. Sollten sich die Uferstaaten entscheiden das Schwarze Meer zu demilitarisieren, dürfte keine fremde Macht mehr als drei Kriegsschiffe in das Schwarze Meer entsenden, von denen bloß eines mehr als 10.000 Tonnen haben darf.

Die Anträge in Angelegenheit der Entmilitarisierung der Meerengen bestimmen: Es ist nicht gestattet, irgendwelche ständige militärische oder maritime Einrichtungen zu treffen, die die freie

Schifffahrt der Meerengen behindern würden. Die Demilitarisierung erstreckt sich auf beide Uferzonen der Dardanellen und des Bosporus, alle Inseln im Marmarameer sowie die Inseln Samothrace, Lemnos, Imbros und Thracos im Ägäischen Meer. Die Entmilitarisierung bezieht sich auch auf die Aufhebung bestehender und das Verbot neuer Befestigungen. Für den Unterhalt der Gendarmerie in den entmilitarisierten Zonen werden besondere Orte bezeichnet mit Vorbehalt besonderer Bestimmungen für Konstantinopel, wo eine Besatzung unterhalten werden darf, deren Zahl durch ein Übereinkommen zwischen den Großmächten und der Türkei höchstens mit 10.000 Mann festgesetzt wird. In den territorialen Gewässern der entmilitarisierten Zone darf keine Aktionsbasis für U-Boote sich befinden.

halte mit der angeblich erfolgten Herabsetzung der Preise der Bedarfsartikel und Lebensmittel zu begründen. In einer im Budgetausschuß des Senates gehaltenen Rede behauptete er, daß eine wesentliche Verbilligung der Groß- wie Kleinhandelspreise eingetreten sei, so daß die Lebenshaltung billiger geworden sei. Die Statistik ist bekanntlich eine Wissenschaft, mit der man alles beweisen kann und so bedient sich Herr Dr. Raschin der Indeziffern, um die Berechtigung der Kürzung der Gehälter darzutun. Danach hat der Index der Lebensmittelpreise im Jänner 1921 1628 betragen, im Oktober d. J. bloß 1016. An Kleibern betrug er im Jänner 1921 3145, im Oktober d. J. 1219. Aber abgesehen davon, daß es noch keineswegs sicher ist, ob die Verbilligung eine dauernde ist und ob nicht in sehr absehbarer Zeit wieder eine Steigerung der Preise eintritt, was sich insbesondere bei manchen Lebensmittelpreisen in letzter Zeit zeigte, können auch die vorstehenden Indeziffern eine Reduzierung der Gehälter in keiner Weise rechtfertigen. Die Lebensmittel- und Warenpreise sind danach noch immer ungleich höher, als es die Bezüge der Staatsangestellten im Vergleich zu ihrem Vorkriegseinkommen sind. Gatten schon jetzt die Einkommensverhältnisse der Angestellten im Verhältnis zu ihren notwendigen Ausgaben noch lange nicht die Höhe vor dem Kriege erreicht, so würde nach Ausführung des Raschinschen Hungerplanes die Lebenshaltung der Staatsangestellten tief unter das Existenzminimum sinken. Zudem ist zu bedenken, daß auch die Indeziffern nur relativ Anwendung auf die Bemessung der Gehälter finden können, besonders wenn erzwungen wird, daß viele Angestellte aus früheren Zeiten arg verschuldet sind und daß ihnen durch erhöhte Mietpreise neue Ausgaben drohen, welche den Abbau der Preise mancher Waren wieder aufwiegen werden.

Dr. Raschin will sich aber nicht bloß mit dem Gehaltsabbau der Staatsangestellten begnügen, er will auch die Angestellten selbst „abbauen“. Früher wurde nicht richtig gewirtschaftet, erklärte er, auch seien zu viel Beamte angestellt worden. Wohl ist es wahr, daß in der ersten Zeit nach dem Umsturz in den Aemtern und Staatsbetrieben Neuaufnahmen von Angestellten in größerer Zahl, als benötigt wurden, erfolgten, aber es wäre eine Grausamkeit, die Staatsangestelltenschaft für die Folgen dieser aus nationalistischen Motiven erfolgten Ueberfüllung mancher Aemter verantwortlich zu machen und sie durch Vernichtung ihrer Existenz die Folgen dieses Fehlers bezahlen zu lassen. Die Entlassung der „überzähligen“ Angestellten würde für diese und ihre Familien in dieser Zeit der furchtbarsten Arbeitslosigkeit bedeuten, sie geradeaus dem Hungertode preisgeben. Aber es will bedünken, daß Dr. Raschin den Beamtenabbau weniger ernst meint, als die Herabsetzung der Bezüge, und daß sein Wunsch, „weniger Beamte und weniger Angestellte“ im Staatsdienste zu haben, nur der Absicht entspringt, auf die Staatsangestellten einschüchternd zu wirken. Die Kenntnis seiner Gemütsbeschaffenheit rechtfertigt die Annahme, daß er den Beamten, falls sie sich in die Herabsetzung ihres Einkommens nicht gutwillig fügen wollten, mit dem Wunsche nach dem Beamtenabbau die Peitsche zeigen will, die er noch für sie bereit hält.

Es wird sich erweisen, ob die anderen Koalitionsparteien — bei der Partei des Dr. Raschin kann man natürlich keinerlei Bedenken voraussetzen — auch diesmal vor Raschins Willen klein beigeben und den traurigen Mut finden werden, den Staatsangestellten das schändliche Weihnachtsgeschenk, wie es ihnen der Gemütsathlet Raschin wünscht, zu bereiten.

Abgeordnetenhaus.

Nach dem geheimnisvollen Verschwinden der Handelsverträge mit Rußland und der Ukraine von der Tagesordnung wurden in der gestrigen Sitzung zweite Lesungen und einige kleinere Vorlagen in aller Ruhe erledigt.

In den Wandelgängen sah man den Ministerpräsidenten Svobla lebhaft auf den Minister des Aeußern Dr. Venes, der wegen seiner Niederlage in der russischen Frage ziemlich verstimmt ist, einsprechen. Die umgehenden Gerüchte von einem Rücktritt Venes werden aber als zumindest verfrüht bezeichnet. Ansonsten war das Interesse des Hauses auf die Frage der bevorstehenden Regierungsvorlage betreffend die Reduktion der Staatsangestellten-Einkommen konzentriert, die in der an Krisen nicht armen tschechischen sozialistischen Partei eine neue Krise hervorgerufen hat.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um einhalb 2 Uhr nachmittags.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht des Budgetausschusses zu dem Gesetzesantrag der Regierung über die

Regelung der Bewirtschaftung der staatlichen Betriebe, die nicht Verwaltungszwecken dienen.

Nach dem Berichterstatter Abgeordneten Bradz spricht Abgeordneter Mlsoch (tsch. Bev.-Partei), der die Vorlage als ersten Schritt zu einer Verbesserung in der Staatswirtschaft begrüßt, weiter Abgeordneter Marek (tsch. Soz. Dem.), der sich besonders mit der Wirtschaft bei den Eisenbahnen befaßt, Abgeordneter Budnik (Kommunist), der erklärte, daß die Vorlage ein Beispiel sei, zur allgemeinen Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten und Abgeordneter Vesky (tsch. Soz. Dem.), der die Notwendigkeit betont, die führenden Posten der Staatsbetriebe mit guten Fachleuten zu besetzen. Die Vorlage wurde sodann in erster Lesung in der Fassung des Ausschußberichtes angenommen.

Weiter wurden in zweiter Lesung folgende Vorlagen angenommen: Das Gesetz betreffend die Wehrerleichterungen, der tschechoslowakisch-deutsche Vertrag über die Versorgung der Kriegesbeschädigten in Huttshin, das Gesetz über die Auszahlung einmaliger Zuschüsse zu den Pensionen der Lehrer der slowakischen Volks- und Bürgerschulen, die unter Subvention des Staates von Gemeinden und Religionsgemeinschaften erhalten werden.

Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Budgetausschusses über den Regierungsantrag, durch den einige Bestimmungen über die in der Slowakei und Karpathenland geltenden direkten Steuern geändert werden. Die Vorlage wird ohne Debatte in der Fassung des Ausschußberichtes angenommen.

Ferner wird der Bericht des verfassungsrechtlichen Ausschusses über den Regierungsantrag betreffend die Verwendung der Verwaltungsbüberschüsse der Waisenkasen ebenfalls debattelos angenommen.

Auf Antrag des Berichterstatters des Innenausschusses des Abgeordneten Dr. Bartisek beschließt das Haus, die Abgeordneten Jung und Koudelka der Strafverfolgung nicht auszuliefern, worauf die Sitzung geschlossen wird. Nächste Sitzung Dienstag den 12. Dezember um 1 Uhr nachmittags.

Mussolini will die Arbeiter übern.

Mailand, 7. Dezember. Der Ministerpräsident Mussolini erklärte hier in einer Metallarbeiter-versammlung, die Regierung sei nicht antiprotektarisch, sondern sie sei nur gegen falsche Ideologien. Der Ministerpräsident, der selbst 20 Jahre hindurch als Hilfsarbeiter und Maurer Handarbeit geleistet hat, anerkennt, daß der Arbeiter die Seele der Nation sei und daß es die Aufgabe der Regierung sei, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Er wolle keine Abenteuerpolitik machen, er wolle sich bloß gegen eine Verzichtspolitik und gegen jede Zurücksetzung Italiens einsetzen. Für die Erreichung einer Weltstellung Italiens sei Disziplin im Innern erforderlich. Es sei nötig, daß die Arbeiter sich bezüglich Herstellung der Ordnung im Innern einig seien. Aufhebung und parteimäßige Opposition müßten daher rücksichtslos abgewehrt werden.

Der Staatsvoranschlag im Budgetauschuss des Senats

Beendigung der Debatte. — Abstimmung am Samstag.

In der gestrigen Sitzung kamen der Handelsminister Novak, der Postminister Tuchen, der Eisenbahnminister Stiborny und der Minister für soziale Fürsorge Sabran zu Worte. Die Abstimmung über das Budget findet erst am Samstag um 9 Uhr vormittags statt.

Handelsminister Novak

führte u. a. aus: Die Ausfuhr ist bis jetzt auf die unentbehrlichen Gegenstände des täglichen Bedarfs bereits ganz frei, resp. unterliegt aus Evidenzgründen bloß dem sog. Anmeldeverfahren. Demgegenüber mußte man bei der Einfuhr vorläufig bei dem Bewilligungssystem verbleiben. Dieser Vorgang wird uns durch die wirtschaftlichen, insbesondere durch die valutaren Verhältnisse in den Nachbarstaaten diktiert.

Da die Verhandlungen über die Verstaatlichung der autonomen Institute für Gewerbebeförderung in Prag und Brünn zu keinem Ergebnis geführt haben, hat es sich als notwendig erwiesen, daß beim Handelsministerium als Erfahrungsorganisation eine „Zentrale des staatlichen Gewerbebeförderungsdienstes“ errichtet werde. Die Posten für das Gewerbe wurden, soweit es der dringende Bedarf erforderte, erhöht, insbesondere die Post zur Förderung der Kurse und Vorträge für die Gewerbetreibenden und Arbeiter. Ferner wird an der Durchführung des Gesetzes über die Staatsgarantie an die Genossenschaftsverbände gearbeitet. Größte Aufmerksamkeit wird dem Ausbau und der Erweiterung der Wirksamkeit der Gewerbe-Genossenschaften gewidmet, welche Frage jedoch erst in der neuen Gewerbeordnung ihre Lösung finden wird, an deren Prinzipien und Richtlinien eine besondere Kommission beim Staatsgewerbeamt arbeitet.

Neu ist im Voranschlag der Kredit für den Wassertransport, welcher zum Ausbau der uns durch den Friedensvertrag in Hamburg und Stettin zuerkannten Hafenanlagen und Magazine auch an anderen Orten, je nach den Bedürfnissen der Schifffahrt dienen soll. Der Minister bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß die Schiffsparks auf der Donau und Elbe, die uns im Arbitrationsverfahren zuerkannt wurden, von uns bereits übernommen worden sind, und daß in nächster Zeit die Aktivierung der Elbe- und Donauschiffahrtsaktien-gesellschaft erfolgen wird. Da der Verkehr auch in privaten Händen ruhen wird, ist es nicht notwendig, daß für den Schiffverkehr ein Betrag in das Budget eingereicht wird, es genügt, wenn ein Betrag von 500.000 Kronen zur Unterstützung der Schifffahrt im Sinne des Gesetzes über die Schiffsfloße präliminiert wird. Gleichzeitig wird auch an der Lösung des Oderdampfschiffverkehrs gearbeitet, wo uns ebenfalls ein Schifferpark zugewiesen wurde und wo auch einige große Industriebetriebe, insbesondere die Wittwitzer Werke, interessiert sind. Unser Streben geht dahin, diese Betriebe derart zu interessieren, daß sie sich an dem Ausbau der Oderdampfschiffahrt beteiligen, die für uns von großer Bedeutung sein wird. Dann hätten wir drei Schifffahrtswege: Elbe, Donau und Oder, was für unsere Verkehrspolitik von ungeschätzlicher Bedeutung sein wird.

Auf verschiedene Anfragen erwiderte Handelsminister Novak in einer zweiten Rede, in der er u. a. ausführte, das Außenhandelsamt wäre schon längst liquidiert worden, wenn es die Verhältnisse rings um uns, namentlich in Deutschland und Oesterreich, gestattet hätten. So aber gestattet uns die Entwicklung der Dinge dort nicht, daß wir unser wirtschaftliches Leben jenem vollständig preisgeben und deshalb kann von der augenblicklichen Beseitigung dieses Amtes keine Rede sein.

Der Minister ist überzeugt, daß wir bereits am Ende der Krise angelangt sind. Allerdings ist viel davon wahr, daß es Leute gibt, die dies gerne noch verschlimmern möchten und die sich nicht um den Warenabfall kümmern, wie es in den Vorfrüchten der Fall war. Manche machen es aus Barmherzigkeit, da sie sich in den Kriegsjahren daran gewöhnt haben, daß die Käufer zu ihnen kamen. Heute besteht schon ein Warenüberschuß und man muß die Waren offerieren. Unsere Industrie muß sich den geänderten Verhältnissen anpassen. Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß einzelne Betriebe verlangen, daß ihnen Ueberstunden bewilligt werden, soweit dies nicht auf Kosten der Aufnahme neuer Kräfte in dem Betriebe geschieht, muß diese Energie in der Beschaffung von Arbeit unterstützt werden.

Was die Zölle anbelangt, verweist der Minister auf die großen Differenzen, die darin bestehen, daß auf der einen Seite die Dämpfung der Grenzen und die Befreiung des Bewilligungsverfahrens verlangt wird, auf der anderen Seite die Herabsetzung der Zölle, resp. der Zollkoeffizienten, was nicht durchführbar ist. Wenn die Grenzen geöffnet werden, müssen wir unserer Industrie Zollschutz gewähren. Prohibitionszölle haben wir nicht. Was die Koeffizienten anbelangt, arbeitet an ihnen die gesamte Zolltarifabteilung des Handelsministeriums. Die Angelegenheit ist Sache des Einbernehmens und der Minister ist der Ansicht, daß es zu einem solchen kommen wird. Was die Schutzzölle für die Landwirtschaft anbelangt, ist der Minister nicht gegen die Lösung dieser Frage, denn wir müssen uns darum kümmern, daß die Landwirtschaft den Schutz genieße, den sie braucht. Aber das ist eine Sache, die von Kampagne zu Kampagne gelöst werden muß, weil die Natur hier eine große Rolle spielt. Wir müssen uns vor Augen halten, daß wir in der Landwirtschaft uns nicht selbst genügen, während wir in der Industrie

Ueberschüsse haben. Die Landwirte müssen sehen, daß sie ihren Boden und ihre Produkte dadurch ausnützen, daß sie diese Produkte in Industrie-Produkte verwandeln. Uebrigens glaubt der Minister, daß diese Sachen durch ein vernünftiges Kompromiß zu lösen sind.

Postminister Tuchen

erklärte, daß es zu einer Herabsetzung der Post- und Telegraphentaxen kommen werde, sobald die Frage der Notausgaben und der Ermäßigung der Sachanlagen geregelt sein wird. Was die Frage, ob Post und Telegraph als Staatsbetrieb oder als ein nach kaufmännischen Grundsätzen geleitetes Unternehmen zu beurteilen sei, erinnert der Minister daran, daß 40 Prozent des gesamten Postverkehrs auf staatliche Sendungen entfallen; im Falle die Post als kaufmännisches Unternehmen gelten würde, würde die Staatsverwaltung also wesentlich befristet werden. Auch die öffentlichen Interessen würden dadurch beeinträchtigt sein, da es dann nicht mehr möglich sein würde, den Postdienst im Gebirge, der passiv ist, aufrecht zu erhalten.

Auf verschiedene Anfragen betreffend die Erweiterung des Telephonnetzes besonders in Groß-Prag teilte der Minister mit, daß die größte Schwierigkeit in den Raumverhältnissen zu suchen ist, der Plan ist jedoch bereits fertiggestellt und der Minister hofft, daß derselbe im Jahre 1923 in Angriff genommen werden kann. Daß die Postämter Briefsendungen mit Angaben deutscher Postnamen von der Beförderung ausschließen, beruht nicht auf Richtigkeit. Es wird in dieser Beziehung die größte Toleranz beobachtet. Die Erweiterung des Autobusverkehrs liegt im Plane der Postverwaltung und wird nach Möglichkeit durchgeführt werden.

Bei Behandlung des Kapitels XVII — Eisenbahnministerium — führt

Senator Genoffe Nechl

aus: In vielen Jagen sind die Worte in einem schrecklichen Zustand und es eilt einem an, auf einen solchen Abort zu gehen. Auch die sonstigen Verhältnisse auf den Bahnen sind erschreckend. Wir sind direkt an der Grenze, bei uns fallen diese Uebelstände mehr auf als vielschicht hier im Innern, weil wir dort bei den sächsischen Bahnen die pünktlichste Sauberkeit und Ordnung sehen. Ich will mich nun mit einigen Personalsachen befassen und wir gestatten uns, folgende Anträge vorzulegen:

Das Eisenbahnministerium wird aufgefordert, jene Dienststellen zu definieren, Angestellten zu ernennen, welche ihre Dienstprüfungen bereits seit Jahren in ihrer Muttersprache mit gutem Erfolge abgelegt haben, jedoch mangels einer Prüfung über die Kenntnis der Dienstsprache zwar inaktiv, aber noch nicht definitiv ernannt wurden und so gegenüber ihren gleichartigen Dienstkollegen im Range bereits weit zurückgeblieben und geschädigt worden sind. — Weiter: „Die Regierung wird aufgefordert, den nach dem staatlichen Umsturz gegen ihren Willen ex offio vom Dienste enthabenen Eisenbahn- und Staatsangestellten die während ihrer Enthebung außer Dienst bis zur Wiedereinstellung verstrichene Zeit in die aktive Dienstzeit und Pensionsberechnungsgrundlage einzurechnen.“ — Und schließlich: „Die Regierung wird aufgefordert, die nach dem staatlichen Umsturz vom Dienste enthabenen und später wieder in den Dienst eingestellten Eisenbahn- und Staatsangestellten zurückgehaltene 40 Prozent ihrer Bezüge mit Beschleunigung zur Auszahlung zu bringen.“

Nun gestatten Sie mir einige Worte über eine Angelegenheit, die speziell Nordböhmen betrifft. Auf der Strecke von Hamburg nach Nieder-Einsiedel weht eine durchwegs Deutsche Bevölkerung. Es gibt mir eine sächsische Kolonie in Nieder-Einsiedel, einige Tschechen leben in Rumburg. Wir haben dort schon Jahrzehntlang ganz deutsche Eisenbahner, lauter anständige Leute. Tatsache ist nun, daß wir jetzt Eisenbahnkonduktoren dort haben, die kein Wort deutsch können und sich mit den Reisenden nicht verständigen können. Ich habe Szenen gesehen, wie sich Reisende eine Karte ausstellen lassen wollten oder daß sie etwas anderes von dem Kondukteur wollten, und sich mit ihm nicht verständigen konnten.

Das Einvernehmen zwischen diesen sächsischen und deutschen Eisenbahnern war immer das beste. Nun besteht dort eine sogenannte „Rednota“ und das Blatt der sächsischen nationalsozialistischen Eisenbahner hat unlängst in einem Aufsatz eine Bemerkung gemacht, daß die „Rednota“ ganz bestimmte Zustände auf der Station Nieder-Einsiedel nicht dulden werde. Ich glaube, daß es nicht Sache dieser „Rednota“, sondern des Amtes wäre, sich um die Zustände zu kümmern. Maßgebend ist aber, daß das große Wort in dieser „Rednota“ eine Person führt, welche moralisch demaskeiert ist. Dieser Mann, der Schulgenosse oesfächst hat, der aber jetzt niedrige persönliche Rücksicht gegen manchen Eisenbahner, indem er das nationale Moment vorschützt und intrigiert. Ich möchte den Herrn Minister ersuchen diese Sache zu unterstützen, um dem Uebelstand abzuhelfen. Die Eisenbahner dort sind äußerst brave Menschen, die sich redlich bemühen, sächsisch zu erlernen, Sie versehen den Dienst tadellos.

Eisenbahnminister Stiborny

Eisenbahnminister Stiborny erklärt, der Ausbau der Prager Bahnhöfe stoße auf ungeheure Hindernisse, die im schwierigen Prager Terrain liegen. Er verspricht, bestrebt zu sein, daß diese Frage in den Grenzen der Möglichkeit gelöst werde. Die Mängel des Pilsener Bahnhofes beruhen in dem System der Zentralisierung des ganzen Verkehrs. Manchem könne durch eine neue Organisation abgeholfen werden, aber Pilsen sei noch nicht am ärgsten daran, es gebe weit härtere Fälle, z. B. der Bahnhof in Raudnitz und namentlich der Koliner Bahnhof, der geradezu lebensgefährlich ist. Mit den vorbereiteten Arbeiten zum Umbau dieser Bahnhöfe wurde bereits begonnen.

Die Reinlichkeit der Waggons

nimmt der Minister ein schwieriges Problem; denn man müsse berücksichtigen, daß es sich um verhältnismäßig altes Wagenmaterial handelt. Alle auf die Reinlichkeit der Waggons abzielenden Vorschriften wurden verschärft, aber es liege auch am Publikum, in den Waggons Reinlichkeit und Ordnung zu halten. Die Personenzüge sind vielfach in einem solchen Zustand, daß sie tatsächlich gründliche Herrichtung brauchen, aber der Wagenpark der ehemaligen Monarchie wurde bisher nicht definitiv verteilt und es war nicht möglich, die Wagen zu reparieren auf die Gefahr hin, sie bei der endgültigen Aufteilung des Wagenparks zu verlieren. Erst in diesen Tagen wird dieses Problem in Paris gelöst und dann wird an die definitiven Herstellungsarbeiten geschritten werden. Eine heikle Sache, erklärt der Minister, ist

die Frage der Dienstsprache.

Es gibt viele deutsche Eisenbahnangestellte, die die Dienstsprache nicht beherrschen und die Eisenbahnverwaltung gibt sich auch damit zufrieden, wenn sie den guten Willen zeigen, die Sprache zu lernen. Es ist notwendig, daß sie die Dienstsprache erlernen; denn bis die Durchführungsbestimmungen zum Sprachengesetz herabgegeben werden, könnten sie manche Härten gegen diese Angestellten enthalten. Die Frage der Verwaltung der Aufsicht-Expeditoren Bahnen werde vorläufig provisorisch gelöst, weil sie noch mit einer ganzen Reihe anderer Probleme verknüpft ist. Dienstlich und administrativ wird die Verwaltung dieser Bahn der Prager Direktion angegliedert werden.

Schließlich stellte der Minister die Abnahme der Diebstähle auf den Bahnen fest. Während im April 1919 die Zahl der Diebstähle 715 betrug, betrug sie im Jahre 1922 nur 142 und es sei zu erwarten, daß im nächsten Jahre die Verhältnisse auf den Bahnen wieder vollständig normal sein werden.

In der Nachmittagsitzung des Budgetauschusses wurde zuerst das Kapitel XIX — Justizministerium — behandelt. Zu diesem Kapitel führte

Genoffe Senator Stark

aus: Es macht sich bezüglich des Arbeiterrechtes ein schwerer Mangel dadurch fühlbar, daß eine Vereinheitlichung des Arbeiterrechtes bis jetzt nicht erfolgt. Die Vereinheitlichung ist sogar aus unbekanntem Gründen immerhin gehalten worden. Ein weiterer äußerst schwer wogender Mangel besteht darin, daß es an Gewerbegerichten fehlt, sodas es der Arbeiterschaft nicht immer möglich ist, diese zu ihrem Schutze anzurufen. Der Redner bringt dann einen diesbezüglichen Antrag unserer Genossen zur Beratung. Zum Schlusse seiner Ausführungen bedauert der Redner das Fehlen von Jugendbeschulabteilungen bei den Vormundschaftsgerichten. Diese abteilungen müßten unter die Leitung eines Richters gestellt werden. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beantragt der Redner die Errichtung solcher Jugendbeschulabteilungen.

Beim nächsten Kapitel — Ministerium für öffentliche Arbeiten — führt

Genoffe Senator Stark

aus, daß die Regierung in einem Aufrufe die Bevölkerung und alle Aemter zum Sparen aufgefordert habe. Die Regierung müsse aber in diesem Falle erst mit gutem Beispiel vorangehen. Der Redner macht daher der Regierung den Vorschlag, die vollständig überflüssigen Bergbaupersonal mannschaften aufzulösen, da durch diese Aufhebung eine große Ersparnis erzielt werden könnte. Die Aemtern der Bergbaupersonal mannschaften könnten von den Rehbierbergamtern und vom Ministerium für öffentliche Arbeiten selbst übernommen werden. Redner bringt hierauf den diesbezüglichen Antrag ein und erklärt, daß unsere Partei die Aufhebung der Bergbaupersonal mannschaften bei der Debatte näher begründen wird.

Zu diesem Punkte ergreift auch

Minister für öffentliche Arbeiten Erba das Wort und versichert, daß die Bergbaupersonal mannschaften reformiert werden, da deren vollständige Aufhebung nicht möglich sei. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten habe weiters Pläne betreffs des Baues von Universitätsgebäuden ausgearbeitet, die in nächster Zeit zur Durchführung gelangen werden. Die Unterstützung der anderen Ministerien für diese und auch die weiteren vorgesehenen Bauten sei bereits gesichert. Bei dieser Gelegenheit müsse der Minister auch darauf eingehen, daß die Staatsunterstützung bei Neubauten auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse, damit die Unsicherheit für die Bauunternehmer aufhöre. Unter der Voraussetzung, daß die bereits eingelangten Gesuche um Unterstützung nach den bisherigen Gesetzen erledigt werden können, könnten bei zukünftigen Gesuchen z. B. Stenernach-

lässe gewährt werden. Eine Erniedrigung der Baukosten sei möglich und sie müsse auch durchgeführt werden mit Rücksicht auf die soeben erfolgte Ermäßigung der Preise für Kohle, Eisen und Holz. Das große Wasserbauprogramm, von dem das Budget spricht, ist gleichfalls notwendig als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Auch der Bau von Straßen und Brücken werde ehestens durchgeführt werden. Die Erhöhung der Ausgaben für die Luftschiffahrt ergebe sich aus der geographischen Lage unseres Staates. Eine besondere Pflege lasse das Ministerium für öffentliche Arbeiten den Bergarbeiterfragen angehehen.

Der Opfermut der Bergleute, der eine bedeutende Preisermäßigung aller Kohlen mit sich gebracht habe, sei des Dankes aller wert.

Die Preisermäßigung des Eisens ist gleichfalls auf die Ermäßigung der Kohle zurückzuführen. Eine besondere Aufmerksamkeit müsse man den Sicherheitsmaßnahmen in den Gruben zuwenden, denn die Verhältnisse sind bereits solche geworden, daß hier dringende Abhilfe geschaffen werden muß. Der Minister bespricht dann die Verfügungen des Ministeriums, welche auf den Preisnachlaß von Naphtha, Benzin usw. eingewirkt haben. Der Minister befragt sich dann noch mit der Lage der Kohlengruben und erklärt, daß diejenigen Gruben, die nicht mehr saniert werden können, in jener Weise behandelt werden wie die passiven Eisenwerke.

In jedem Falle müßte es aber die Pflicht des Ministeriums sein, sich um die Arbeitslosen zu kümmern.

Auf Antrag des Arbeitsministeriums seien die Gebühren bei der Rohölbewirtschaftung herabgesetzt worden und es sei sein Bestreben, im nächsten Jahre die ganze Surtaxe für Rohöl aufzuheben. Die passiven staatlichen Bergwerke und Eisenwerke sollen in Verbindung mit der Privatindustrie möglichst saniert werden.

Der famose Vertrag mit der Standard Oil Company.

Was die Ausbeutung der Petroleumlager betrifft, habe das Ministerium einen darauf bezüglichen Vertrag mit der Gesellschaft „Standard Franco-Americaine“, einem Ableger der Standard Oil Company abgeschlossen, der in politischen Kreisen lebhaft kommentiert wurde. Als die verschiedenen Beanstandungen des Vertragswortlauts aufgearbeitet worden waren, habe das Ministerium gemeinsam mit der genannten Gesellschaft ein Besuch um Bewilligung einer Aktien-gesellschaft unter der Firma „Tschocholomel“ und französische Gesellschaft zur Naphthoerwin-nung“ überreicht. Gleichzeitig wurden geologische Vorarbeiten eingeleitet. Trotdem das Ministerium zur Errichtung dieser Gesellschaft gedrängt hat, seien Schwierigkeiten entstanden, da die Gesellschaft glaubt, nach den neuen sie geführten Angriffen nicht ruhig arbeiten zu können. Sie sei jedoch bereit, den abgeschlossenen Vertrag zu annullieren, also das Monopol aufzugeben und wie jeder andere Unternehmer zu arbeiten.

Senator Genoffe Nechl

führt zu Kapitel XXI. u. a. aus:

Es ist klar, daß nach unserem heutigen Baugesetz weder eine Gemeinde noch ein Privater bauen kann. Die sogenannte Staatsgarantie ist eine sehr problematische Sache, wenn für diese Garantie kein Geld zu bekommen ist. Es ist uns daher dieses Gesetz in Wirklichkeit für die Bauförderung und Linderung der Wohnungsnot fast gar nichts nütze. Wir ersuchen daher die Regierung, an Stelle dieser Staatsgarantie in irgend einer Form einen Staatskredit zu setzen und dies durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen des Baugesetzes zu ermöglichen. Wir wünschen auch, daß während der Herbsttagung ein Verzeichnis jener gefehlbenden Körperschaften vorgelegt werde, denen die Staatsgarantie erteilt wurde, und gestatten uns, diesbezügliche Anträge zu unterbreiten. Ferner beantragen wir, daß der Nationalversammlung ein Verzeichnis jener Institutionen, Körperschaften und Einzelpersonen vorzulegen sei, denen aus irgend einem Titel Subventionen oder Zuwendungen gewährt wurden. Es wäre sehr notwendig, dies zu wissen, damit man sich ein Bild machen kann über die Verwendung dieser Summen.

Wir verlangen weiter, daß die Regierung nicht durch Entlässe die Zahl der zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung Berechtigten einschränkt, wie es leider immerwährend geschehen ist. Das Los der Arbeitslosen ist ohnehin schon überhart genug.

Ein Wort will ich auch sagen über unsere Gewerbeinspektion, die noch lange nicht ihren Charakter aus der alten österreichischen Zeit geändert hat.

Eine moderne Gewerbeinspektion muß sich unbedingt auf die Arbeiterschaft stützen und wir beantragen daher, daß über Vorschlag der Gewerkschaften auch Arbeiter zu Gewerbeinspektoren berufen werden sollen.

Zum Titel I § 4, beantragen wir den Betrag von 23 auf 30 Millionen Kronen zu erhöhen und der Mehrbetrag solle vornehmlich zur Subventionierung bestehender Fürsorgeeinrichtungen auf dem Gebiete des Kinder-, Säuglings- und Mutterhauses verwendet werden.

Wir beklagen es tief, daß gerade für die soziale Fürsorge im Verhältnis zu anderen Ressorts solch geringe Aufwendungen gemacht werden.

Soll die soziale Fürsorge eine wahre, wirkliche Fürsorge für alle die unschuldigen Opfer des Krieges und der toten kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden, so muß eine viel größere Beachtung diesem Zweige der staatlichen Verwaltung von Seiten der herrschenden Parteien zuteil werden.

Bei diesem Kapitel schildert dann

Senator Genoffe Start

die geradezu furchterliche Lage der Arbeiterschaft in den Böhmerwaldgebieten, wobei er besonders das Vergleichen seiner Gebiet hervorhebt.

Für die Böhmerwaldgebiete verlangt Genoffe Start die sofortige Vornahme von Notstandsarbeiten.

Von dem anwesenden Minister für soziale Fürsorge verlangt der Genoffe Start,

daß die im Ultra- und Rieslingbachtale im Bergreichsteiner Gebiete im Jahre 1920 begonnenen und wieder eingestellten Arbeiten zur Errichtung einer Talstrecke sofort wieder aufgenommen werden müßten,

um den dort befindlichen Arbeitslosen Arbeit und Verdienst bieten zu können, da diese Arbeitslosen sonst der bittersten Not ausgesetzt wären.

Minister für soziale Fürsorge Fabermann.

Fürsorgeminister Fabermann teilte mit, daß die Vorlage über

die Sozialversicherung

im heurigen Jahre nicht mehr zur Beratung kommen kann, da die statistischen Grundlagen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten. Die Vorlage wird spätestens im März zur Beratung gelangen können. Nach der Durchführung der Gewerbetreibenden und Kleinen Landwirte, sodann die Versorgung jener Personen an die Reihe, die für die Sozialversicherung zu alt sind. Der Minister hält den für die Arbeitslosenunterstützung ausgeworfenen Betrag für ausreichend. Das Gesetz über die Pausenbewegung soll verlängert werden, aber hinsichtlich der Höhe der staatlichen Garantie auch abgebaut werden. Auf eine Anfrage über den Mieterschutz erklärt der Minister, es sei unmöglich, eine Lösung zu finden, die beide Teile befriedigt. Die staatlichen Garantien in Darlehen umzuwandeln, sei wegen des Mangels der nötigen Mittel unmöglich.

Unifikationsminister Markovic verteidigt sich gegen die Behauptung, daß sein Ressort überflüssig sei und verlangt vielmehr, daß dieses Ministerium erweitert werde, kann jedoch nicht mitteilen, was dieses Amt eigentlich bisher geleistet hat.

Somit fand die Tätigkeit unserer beiden Genossen Rejzl und Start im Budgetausschusse ihr vorläufiges Ende, da die Abstimmung über die von unseren beiden Genossen gestellten 41 Anträge gleichfalls am Samstag vormittags stattfinden wird. Man erwartet, daß die Koalition im Senate unsere Anträge, die für die arbeitende Bevölkerung ohne Unterschied der Nation von Bedeutung sind, nicht so erbarmungslos abzurufen wird, wie das leider im Abgeordnetenhause geschehen ist.

Inland.

Die Arbeiterseindschaft der Agrarier.

Verhandlungen des landwirtschaftlichen Ausschusses.

In der Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses vom 7. Dezember wurde die Debatte über das Exposé des Ministers Dr. Hodza über die Krise in der Landwirtschaft fortgesetzt. Es kommen ausschließlich agrarische Redner, tschechische und deutsche, zu Wort. Abg. Bahala (tschechischer Agrarier) hob u. a. die Schuld an den Tierseuchen auf die angeblich mangelhafte Kontrolle bei der Einfuhr, verlangt deren Beseitigung überhaupt und trat für die Erhöhung der Agrarzölle ein. Der zweite tschechisch-agrarische Redner war Abg. Salec. Von deutscher Seite sprach sehr ausführlich Abgeordneter Bierhut (Bund der Landwirte), welcher eine ganze Liste grobkorniger Forderungen vorlegte. Einerseits verlangte er die freie Ausfuhr von Getreide, Hopfen, Holz, Jucker usw., andererseits plädierte er für einen „gerechten Zollschutz“ in Bezug auf die Einfuhr von Getreide und Vieh, der zumindest die Herstellungskosten der Landwirtschaft verdecke. Charakteristisch ist die ausgesprochene Arbeiterseindschaft, der sich Herr Bierhut befleißigte. Nachdem er am Achtstundentage herumgelaufen hatte, sprach er von der gesunkenen Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die die Folge allgemeiner Arbeitslosigkeit sei, hervorgerufen vielfach durch politische Agitation. Solange nicht der gute Wille des Arbeiters vorhanden sei, könnten die Arbeitsmethoden nicht verbessert werden. Herr Bierhut ver... weiter, daß die soziale Fürsorge notwendig sei, um das Gleichgewicht im Rahmen der heutigen Ordnung aufrecht zu erhalten, aber es müsse dabei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft genommen werden. Redner griff den Minister für soziale Fürsorge heftig an, weil er angeblich die Bildung landwirtschaftlicher Krankenkassen verweigere und behauptete ferner, daß die von sozialistischer Seite verlangten Reformen in der Landwirtschaft unmöglich seien, „vollständig ungeeignet und unbrauchbar“. Im übrigen stimmte er den Ausführungen des Mini-

Der russische Wiederaufbau und die deutschen Genossenschaften.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Neben der Herausziehung der deutschen Industrie zum Wiederaufbau Russlands wird betannt, daß hauptsächlich die Genossenschaften den Anstoß von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Ge-

teergebnissen durchzuführen sollen. Es liegen bereits russische Vorschläge vor, besonders die Ukraine bedrängend deutsche Maschinen und Pflanzensuchtartitel.

Erste Streitigkeiten in Konstantinopel.

London, 5. Dezember. Eine Reuter-Meldung aus Konstantinopel vom 5. besagt: Ein erster Zwischenfall hat sich gestern ereignet: Türkische Polizei verhinderte die Einschiffung von Griechen und Armeniern, die Konstantinopel verlassen wollten. Britische Truppen besetzten darauf das Zollamt und deckten mit Hilfe von Maschinengewehren die Einschiffung. Heute nachmittags verhinderte die türkische Polizei die Ausschiffung von Flüchtlingen von Zausun, die sich an Bord eines französischen Dampfers befanden. Der Zwischenfall beschäftigt die alliierten Oberkommissare.

Rußlands und Englands Rivalität.

London, 7. Dezember. (A. R.) Zu Erläuterung der gestern auf der Lausanner Konferenz vorgebrachten russischen Anträge jagte Lord Curzon u. a.: Die Formel Tschischerins würde Rußland im Schwarzen Meere ausschließliche und unbedingte Begünstigungen geben. Obwohl die russischen und türkischen Kriegsschiffe nach dem internationalen Rechte die freie Durchfahrt durch den Kanal von Panama und Kiel sowie durch alle anderen Meerengen der Welt haben, möchte Tschischerin den übrigen Mächten dieses Recht für die Fahrt der Kriegsschiffe zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meere abschprechen. Wenn Tschischerin behauptet, daß die freie Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen von den stärksten Seemächten ausgenutzt werden könnte, vergah er hinzuzufügen, daß der Abschluß des Schwarzen Meeres die übrigen Uferstaaten der Gnade der Ufermächte, die die stärksten Landheere besitzen, d. h. mit anderen Worten, Rußland selbst ausliefern würde, während Rußland seinen Handel im Schwarzen Meere mit Hilfe seiner Baltischen Flotte schützen könnte, hätten die anderen Mächte nicht diese Möglichkeit. Je genauer man das russische Programm prüft, umso klarer zeigt es sich, daß es das einzige Ziel bedeute, das Schwarze Meer in ein russisches umzuwandeln, an dessen Tor die Türkei als Wächter stände. Die Türkei soll bloß das volle Recht haben, zu fordern, daß im Falle des Kriegszustandes kein Schiff des kriegsführenden Staates durch die Dardanellen fahre und ins Marmarameer gelange. In diesem Punkte sind die alliierten Mächte vollkommen einig und ihre Vorschläge enthalten auch diesen wichtigen Vorbehalt.

Amerikas Meerengen-Forderungen.

Lausanne, 6. Dezember. Die Erklärung des amerikanischen Vertreters Child lautete dahin, daß Amerika für eine vollständige Handelsfreiheit sei. Alle Völker des Schwarzen Meeres sollen am Welthandel teilnehmen, aber auch dem Welthandel muß man es ermöglichen, in das Schwarze Meer zu gelangen. Die geographische Lage eines Landes soll ihm kein Vorrecht in der Meerengenfrage geben. Die Freiheit des Schwarzen Meeres könne nur durch Entwaflnung erzielt werden. Weiter sei es wünschenswert, daß die Kriegsschiffe aus den Gewässern verschwinden. Aber nicht alle Kriegsschiffe verfolgen kriegerische Absichten, sondern auch kulturelle Zwecke und Amerika würde nicht befriedigt sein, wenn seine Kriegsschiffe verhindert würden, seine Bürger und seine Handelschiffe überallhin friedlich zu begleiten.

sterns Pösga vollständig zu und sollte seiner Dalmatiner unangenehmstes Lob.

Minister Dr. Hodza nahm seinen Kollegen Fabermann insoweit in Schutz, als er in einer abgebrochenen kurzen Erklärung betonte, er habe nicht die Befürchtung, daß der Errichtung landwirtschaftlicher Krankenkassen absichtlich Schwierigkeiten gemacht werden würden.

Zur Lüge des Samvenblattes.

Wir haben in unserer gestrigen Nummer die Verleumdung unseres Abgeordnetenklaubs durch das Auffüger kommunistische Samvenblatt, durch die Feststellung der Wahrheit zur Genüge gebrandmarkt. Heute sind wir in der Lage, durch die Veröffentlichung eines Dokuments die Straßkrieger, die sich da herausnehmen, ein Arbeiterblatt zu schreiben, endgültig abzutun.

Im Auftrage des Klubs der deutschen Sozialdemokraten hat sich dessen Vorsitzender, Genosse Dr. Geck, an die Frau Abgeordnete Pechmanova gewandt und sie um Aufklärung darüber ersucht, ob der von den „Gefloslovenky Roviny“ veröffentlichte, vom Samvenblatt gefälscht übernommene Verleumdungsbericht auf Wahrheit beruht. Diese Anfrage beantwortete die Frau Abgeordnete mit folgendem Schreiben:

Sehr geehrter Herr! Weil meine Aussprüche auf der am 26. Oktober d. J. in Liban bei Zicin stattgefundenen Versammlung, im Referate der „Gefloslovenky

ten. Diese Darlegungen wurden in den alliierten Kreisen, besonders in den französischen, als Unterstützung der alliierten Thesen aufgefaßt.

Der britische Anteil an der Anleihe für Oesterreich.

London, 7. Dezember. Die Gesetzesvorlage betreffend Maßnahmen zur Unterstützung des Handels ist vom Unterhause in zweiter Lesung angenommen worden. Die Vorlage ist dazu bestimmt, die Arbeitslosigkeit zu mildern durch Anregung des Ausfuhrhandels mit Unterstützung von Krediten und durch Förderung von Unternehmungen im ganzen Reiche mit Hilfe von Regierungsgarantien.

Ferner wurde die Vorlage des britischen Anteiles an der Anleihe für Oesterreich entsprechend dem Plane des Völkerbundes genehmigt. Endlich wurde eine Anleihe von 3,5 Millionen Pfund zur Förderung des Anbaues von Baumwolle in Sudan bewilligt.

Ein Oesterreichisches Budgetprovisorium.

Wien, 7. Dezember. (A. B.) (Nationalrat.) Die Regierung brachte in der heutigen Sitzung für die ersten vier Monate des nächsten Jahres ein Budgetprovisorium ein, wonach Bundesausgaben nur gemacht werden dürfen, wenn sie notwendig sind und nicht im Widerspruch mit dem Wiederaufbaugesetz stehen. Die Ausgaben dürfen die Summe der in diesem Zeitraum einfließenden Bundessteuern und der jeweils der Regierung aus den Wiederbausanleihen zur Verfügung stehenden Erlösen, jedoch keineswegs den Betrag von 200 Millionen Goldkronen überschreiten. Der Nationalrat nahm in der heutigen Sitzung ferner die Vorlage, betreffend ein Mietergesetz und betreffend die Wohnungsanforderungen, an. Die ergebnisreiche Vorlage bezieht sich auf die geltenden Bestimmungen über die Mietshöhe, um die Instandhaltung der Häuser zu ermöglichen. Die Mietzinse werden in Zukunft durchschnittlich das Zweihundertste des Wertes des im August 1914 bestehenden Friedenspreises betragen und sich zusammensetzen: aus dem Instandhaltungszins in der Höhe des Hundertsteins des Friedenspreises, aus dem verhältnismäßigen Anteil an den laufenden Hausauslagen für Betriebskosten, Steuern und anderen Auslagen des Hauseigentümers. Der Nationalrat beschloß ferner gemäß einem sozialdemokratischen Antrag Einführung eines monatlichen Mietzinsschusses für Arbeitslose in der Höhe des täglichen Unterstützungsbeitrages. Nächste Sitzung am 13. d.

Die Sühneforderung der Entente.

Berlin, 7. Dezember. Wie aus Regierungskreisen verlautet, soll die Reichsregierung von ihrer anfänglichen Absicht, die von der Entente geforderte finanzielle Sühne für die Ereignisse in Vassan und Jugostadt dem internationalen Schiedsgerichte in Genf und in dem Haag zu übergeben, abgesehen sein und soll die Absicht haben, nicht nur die geforderte moralische, sondern auch die finanzielle Forderung von einer Million Goldmark zu erfüllen. Die diesbezügliche Note soll Freitag abgehen und zuvor den Parteiführern bekannt gegeben werden. Im Prinzip scheint die Lösung dieser Angelegenheit darauf zu beruhen, daß die Reichsregierung die Vorkommnisse in Bayern auf ihre eigene Kasse nimmt.

„Roviny“ unrichtig interpretiert worden waren, mache ich darauf aufmerksam, daß ich einen Ausspruch mit Beziehung auf die deutsche Sozialdemokratie nicht so gemacht habe, wie er reproduziert worden ist und namentlich nicht in dem Sinne, in welchem er offenbar mißbraucht wird. Ich war über keinerlei offizielle Verhandlung dieser Art zwischen der Koalition und den deutschen Sozialdemokraten informiert und konnte daher über keinerlei Verhandlungen sprechen.

Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung
Ludmilla Pechmanova.

Wir haben diesen „Mißbrauch“ einer „unrichtigen Interpretation“, bereits als das bloßgestellte, was er in Wirklichkeit ist: als eine niederrätliche Verleumdung die ihr Urheber von jeder Gemeinschaft mit anständigen Arbeitern und mit unserer Partei für immer ausgeschlossen. Der gestern durch uns erfolgten Darstellung ist nichts weiter hinzuzufügen.

Das staatsbeamtenfreundliche „Prager Tagblatt“. Das „Prager Tagblatt“ nimmt in einem Artikel, „Staatsbeamtenlos“ betitelt, zu der von Radin beabsichtigten Reduzierung der Staatsbeamtengehälter in einer Weise Stellung, die einer Unterstützung der Radinschen Bestrebungen zum Verwechseln gleicht. Es will ihm scheinen, daß das vom Finanzminister gesteckte Ziel „nur durch den Beamtenabbau“ erreichbar sei und das Blatt verweist auf Oesterreich, daß auch eine große An-

zahl Staatsangestellter abbauen müsse: „Den gleichen Weg müssen auch wir betreten“. Und das seine Blatt findet, daß nicht die Höhe der Gehälter, sondern die Zahl seiner Bezücker das „Drückende am Beamtenproblem“ ist. Es müssen die „zahllosen Monture, Schlosser, Schneider, Schuster, die heute in den Kneipen als Amtsdienere oder Staatsangestellte herumgehen oder herumsehen“, ihren früheren Stellungen wieder zugeführt werden. Das „Prager Tagblatt“ stellt sich diesen „Abbau“ sehr einfach vor. Ganz abgesehen von der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die heute herrscht, übersteigt es absichtlich, daß ein solcher Abbau vor allem zu Lasten der wenigen noch deutschen Staatsangestellten gehen würde. Aber das scheint das „Prager Tagblatt“ wenig anzusehen; das Los der früheren „Monture, Schlosser, Schneider, Schuster“, dem sie nach ihrem Abbau entgegengehen würden, ist ihm ebenso gleichgültig wie das Schicksal jener, welche in Wahrheit von Radins Absichten getroffen werden würden. Die Verträge, die in dieser Förderung der Radinschen Absichten liegt, verdient, dauernd festgehalten zu werden.

Kommunistischer Parteitag. Wie die kommunistischen Blätter melden, wird der erste ordentliche Parteitag der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei für die Tage vom 2. bis 5. Febr. 1923 nach Prag einberufen. Außer den Berichten enthält die vorläufige Tagesordnung ein Referat über die politische Situation sowie das Verhältnis der Partei zu den Selbstverwaltungsorganen. Einen Punkt der Tagesordnung bildet auch Organisationsfragen.

Verlegenschaften der Koalitionsparteien. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses der Gegenwurf über die Zusammenlegung und Teilung von Gemeinden und die Abänderung der Grenzen von Bezirken, Gerichtsbezirken und Gauen. Der Referent war nicht erschienen, weshalb ein neuer Referent hätte bestimmt werden müssen. Da die Koalitionsparteien infolge starker Abwesenheit ihrer Mitglieder jene Zahl von Unterschriften nicht aufbringen konnten, welche nach der Geschäftsordnung zum Antrag zur Bestellung eines anderen Referenten notwendig sind, konnte die Beratung nicht fortgesetzt werden, weshalb der Vorsitzende die Sitzung schloß.

Bogelfrei!

„Bogelfrei“ — dieses entsetzliche Gefühl muß sich beständig auf jeden legen, dem das Mißgeschick droht, unter die Herrschaft des neuesten ungarischen Ausnahmengesetzes zu geraten. Der „Gesellschaftsrat“ zum Zwecke der öffentlichen Ordnung, den der Minister des Innern Wittwoch in der Nationalversammlung einbrachte, unterstellt jeden Einwohner Ungarns der Willkür der Behörden und dem Geschäftssinn von Spitzeln und Angebern. Denn was immer jemand tut, sagt oder auch nur denkt, sei Verbrechen, unter Polizeiaufsicht zu stellen oder höchstens auf sechs Monate, was dieses Knüppelgesetzes größte „Gnade“ ist — ins Arbeitshaus zu stecken. Den Schlingen des Gesetzes zu entgehen, ist einfach unmöglich. Wer will beweisen, daß er nicht „vom Gesichtspunkt der inneren Ordnung der öffentlichen Sicherheit oder anderer Politik bedenklich“ ist? Genügt das, für diese Bedenklichkeit die „Überzeugung der Behörden“, daß jemand „mit Bestrebungen offenkundig ein „oersta den“ ist, die „auf dem Umfange der gesellschaftlichen Ordnung“ hinführen, oder daß er „die Traditionen des Staates und der Nation, das patriotische oder religiöse Empfinden verletzt, das Ansehen der Behörden herabsetzt, die öffentlichen Zustände des Landes bewußt ungünstig darstellt oder bewußt unwahre Daten verbreitet, die geeignet sind, die öffentlichen Zustände in einem ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen.“ „Die Traditionen verletzen“ — du lieber Himmel, welche aufrichtig Urteilende verlegt die Überlieferungen eines derart in Dünkel und Selbstbeweihräucherung verhöhrten Menschenjoches, wie es Ungarns herrschende Massen sind, nicht? Bei jetzt nicht das Ansehen der Behörden herab, wenn er über Ungarns Rechtspflege und Verwaltung, über die Pöschawirtschaft jedes Stuhl- und Dorfrichters in sachlichster Form nichts als die lauterste Wahrheit spricht? Wer es mit seinem Vaterland gut meint, der fällt ganz unter die Wucht des Gesetzes, weil ihm jedes warnende, die Tatsachen mit dem rechten Namen nennende Wort den Hals brechen muß. Hier haben sich die Mächer und Räucherer der Korruption ein teuflisch-unfehlbares Werkzeug erfunden, um alle Freunde der Sauberkeit mundtot zu machen und aus dem Bunde zu jagen, mögen es auch vollberechtigte Staatsbürger sein. Und um mit einem Griff alle zu knebeln, öffnet der Gesellschaftsrat der Brief- und Telephonjur für und für, stellt die Zeitungen unter die Herrschaft des Gummiknüppels, unterbindet deren weitere Gründungen, macht die öffentliche Meinung Ungarns zu einem einzigen großen Kriecher. Kommt das Gesetz zustande, ist die ganze Bevölkerung des Landes recht- und schutzlos, das Land selbst der legalisierte Dummelplatz beamteter Verbrecher. Was in Europa freibleiblich denkt, muß angesichts der Pläne Horthys und Bethlens sich in Empörung und Abwehr einheitlich zusammenfinden!

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neuigkeiten.

Was schlägt sich . . .

Kommunisten und Gelbe haben eine Zeitlang in einigen Bezirken des böhmischen Reiches heftig zueinander gekämpft. Die Versuche führten nirgends zu einem positiven Erfolg — es sei denn, daß durch das Liebäugeln mit den Gelben noch mehr Schmutz in die kommunistische Partei und dadurch in die Arbeiterbewegung hineingetragen wurde. Ein Weibchen später wiederum hielten der „Vorwärts“ mit den gelben Streikbrechern, Arbeitervertretern und mordlustigen reaktionären Hakenkreuzlern eine durch keinerlei Sympathien gemilderte Abrechnung, die zu zeitigen schien, daß es zwischen Kommunisten und Gelben doch für alle Zeiten eine niemals zu beseitigende Trennungslinie gäbe. Wie es ist, so schien es vielleicht manchmal. Diesen Klatsch seien nachfolgendes Dokument zur Kenntnis gebracht, das sehr beredt und unabweisbar von der Unfähigkeit der Kompromißlosen zeugt. Das „Krauscher Volksrecht“ veröffentlicht nachfolgendes Rundschreiben des Vollzugsmandatsbüros des siebenten Kreises der A.P.C. an die Vorkommnisse seiner Partei im Kreisgebiet Auzig:

Zur Frage der Einheitsfront.

In der Frage der Schaffung der Einheitsfront herrscht in unseren Organisationen noch große Unklarheit. Wir teilen nun unseren Genossen folgende Richtlinien mit:

Die Einheitsfront, die wir anstreben, soll eine Einheitsfront im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse sein. Ein Zusammensehen mit unseren politischen Gegnern zur Erörterung unserer politischen Ziele ist zwecklos und daher unnötig und gefährlich. Wo wir in wirtschaftlichem Kampfe den Versuch zur Schaffung der Einheitsfront unternehmen, müssen wir vor allem darauf bedacht sein, daß womöglich alle Arbeiterparteien für die Einheitsfront gewonnen werden. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, die Führer der Sozialdemokraten oder Nationalsozialisten für die Einheitsfront zu gewinnen und zu überreden, die Einheitsfront muß aus dem Willen der Arbeiterschaft geboren werden und sich, wenn nötig, auch gegen den Willen sabotierender Führer durchsetzen. Dabei ist äußerste Vorsicht am Platze. Dort, wo die Sozialdemokraten noch den Großteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beherrschen und diese Arbeiter daher für die Einheitsfront nicht zu haben sind, ist es sehr gefährlich, mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen, mit deren Führern wir überhaupt nicht verhandeln wollen, da ihre Vergangenheit und auch ihr gegenwärtiges Verhalten der Einheitsfront zuwiderläuft, da man die Einheitsfront der Arbeiterklasse nicht auf nationalem, sondern nur auf internationalem Boden herstellen kann. Dazu kommt noch, daß man mit einer Einheitsfront, die nur mit den Nationalsozialisten zustande kommt, nichts erreichen kann. Unsere Aufgabe muß die sein, die gesamte Arbeiterschaft aller Parteirichtungen in den Kampf zu führen und das kann nicht erreicht werden, wenn man große Parteien nicht dafür bekommt, welche dann die Tätigkeit der Aktionsausschüsse sabotieren und zur Erfolglosigkeit verurteilen. Ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten allein ist nur dort möglich, wo die sozialdemokratischen Arbeiter in einer ganz verschwindenden Minderheit sind und bei Aktionen wenig oder nicht in Frage kommen. Wir bitten die Genossen, nach diesen Richtlinien zu handeln.

Mit kommunistischem Gruß

F. Baumheier.

Also dort, wo es viele Sozialdemokraten gibt, ist den Nationalsozialisten gegenüber von ihrer Vergangenheit und ihres gegenwärtigen Verhaltens Vorsicht am Platze; dagegen empfiehlt es sich für die Kommunisten, dort mit den Gelben zusammenzugehen, wo unsere Partei schwach ist, wo die beiden würdigen Gesellschaftler also wahrscheinlich ein sauberes Geschäft ungehindert betreiben zu können glauben! Wir sind aber davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft diese netten Freundschaften überall zum Teufel jagt.

„Schüler in tschechische Staatsvolkschule.“ In Zwickau, einer rein deutschen Stadt, wurde am 1. Dezember mit dem Unterricht an der tschechischen Schule begonnen, der eine Klasse der dortigen deutschen Volksschule weichen mußte. Und zum Beweise dessen, wie notwendig es für die deutschen Kinder von Zwickau wäre, die tschechische Schule zu besuchen, wurde zu deren Eröffnung folgende Rundmachung „in deutscher Sprache“ an der Amtstafel des Stadthauses angeschlagen:

„Tschechische Staatsvolkschule in Zwickau. Einschreibung. Schüler in tschechische Staatsvolkschule in Zwickau findet sich 29. November 1922 nachmittags von 16—19 Uhr (4—7) in die Klasse tschechischer Volksschule deutsche Vorbildungsschule. Kinder möchten mit Eltern mitbringen letzte Massenzugang und Dokumenten in geboren, heimatszuständig und impfen. Unterricht fängt an 1. Dezember um 8 Uhr vormittags. In Zwickau 24. November 1922. Tschechische Volksschule Schulleiter Hmel Rojehny.“

Fühlen der Herr Rojehny und seine Hintermänner nicht, wie sehr sie sich blamieren, wenn sie sich in Angelegenheit der tschechischen Schule in so jämmerlich verhungertem Deutsch an die Deutschen wenden?

Was sich die Feinde der deutschen Schulen erlauben. In einer deutschen Schule in Altbriem erschienen vor einigen Tagen ein Beamter des städtischen Amtes für soziale Kinderfürsorge mit einem Wachmann und einem Amtsdienster und verlangte die Auslieferung der zehnjährigen Fran-

ziska Pojmann, die bei ihrer Großmutter Drapal in der Berggasse wohnt. Das Kind, eine Halbwaife, steht unter dem Schutze des städtischen Amtes für soziale Kinderfürsorge. Schon zu Beginn des Schuljahres versuchte man die Frau Drapal einzuschüchtern, damit sie ihre Enkelin in die tschechische Schule schickte. Als dieses Vorgehen nicht half, versuchte man, das Kind auf „amüsicem Wege“ aus der deutschen Schule herauszunehmen. Der Schulleiter der Altbriemer Schule lehnte jedoch die Forderung des Beamten ab, worauf der Polizeimann und der Amtsdienster das Schulkloster besetzten. Das Kind verließ aber die Schule durch den zweiten Eingang und wurde bis zum Abend bei Bekannten untergebracht. Als es dann am Abend das Haus ihrer Großmutter betreten wollte, wurde es von zwei Zivilwachleuten im Empfang genommen, die auf sein Kommen gelauret hatten. Infolge des lauten Protestes der Großmutter des Kindes entstand ein großer Aufruhr und die Passanten — Tschechen und Deutsche — nahmen gegen die Zivilwachleute Stellung. Schließlich wurden auch Frau Drapal und ihr Mann abgeführt und bis zum nächsten Tage in Haft gelassen. Das Kind soll über Gerichtsbeschluss einer tschechischen Erziehungsanstalt übergeben werden. In der letzten Stadtratssitzung der Gemeinde Brünn hat der Stadtrat Jelinek gegen das Vorgehen des Beamten und gegen die Intervention eines Wachmannes in einer Schule energisch Protest eingelegt. Der Bürgermeister versprach, die Angelegenheit strengere Untersuchungen zu lassen. Unter der Brünnener deutschen Bevölkerung herrscht ob dieses Vorfalles große Erregung.

Ein Kredit für die Repatriierung der tschechoslowakischen Kriegsgefangenen aus Rußland. Die Regierung hat gestern dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzesentwurf vorgelegt, durch den der Kredit, der von den Regierungen, die im internationalen Ausschuss für Wirtschaftshilfe vertreten sind, für die Repatriierung der Kriegsgefangenen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit aus Rußland gewährt wird, bewilligt wird. Es handelt sich hier um den Ersatz des Anteils der Kosten der Aktion des Völkerbundes für die Rückführung der Kriegsgefangenen aus Sibirien, die auf den tschechoslowakischen Staat entfallen. Bis Ende April 1921 wurden aus Sibirien über 18.000 tschechoslowakischer Kriegsgefangener heimgeführt. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 87.539 Pfund Sterling.

Antisemitisches aus Klausenburg, Bukarest und Jassy. Aus Bukarest wird über die Ausschreitungen an der Universität noch berichtet: Einige Blätter sprechen die Mutmaßung aus, daß die Manifestation ein Werk der „Erwachenden Ungarn“ ist. Diese Elemente haben ein Interesse daran, daß der Antisemitismus in Rumänien kräftig sei. Die Vorkessungen an der Klausenburger Universität sind gegenwärtig unterbrochen und der Rektor erhielt den Auftrag, für den Fall der Wiederholung der Demonstrationen die Universität zu schließen. Die Vorkommnisse in Transilvanien haben auch in Alt-Rumänien ein Echo gefunden. In Bukarest erklärten sich die Studenten solidarisch mit den Klausenburgern und demonstrierten nach einer Montagabends abgehaltenen Versammlung gegen das jüdische Blatt „Mantuirca“, welches die rumänische Studentenschaft scharf angegriffen hatte. Sie gaben ihr Mißfallen auch gegenüber denjenigen Blättern kund, welche die Klausenburger Ausschreitungen verurteilt hatten. Der zwischen der rumänischen und der jüdischen Studentenschaft ausgebrochene Konflikt wurde vom Dekan der medizinischen Fakultät, Professor Toma Jonescu, beigelegt, welchem die Studentenschaft versprach, von weiteren Kundgebungen abzusehen. Viel ernstere Vorkommnisse spielten sich aber in Jassy, einer Stadt mit überwiegend jüdischer Bevölkerung ab. Dort zog nach einer studentischen Versammlung eine 2000 Personen zählende Volksmenge vor die Blätter „Dpinia“ und „Lumea“ und zerstörte die Redaktionen und Druckereien vollständig. Der Schaden beläuft sich auf Millionen. Sämtliche jüdischen Geschäfte sind geschlossen. Nachmittags kam es zu neuen Unruhen und Zusammenstößen zwischen der jüdischen und der christlichen Bevölkerung, bei welchen viele Personen verletzt wurden. Minister des Innern Vaitoianu erklärt im halbamtlichen Blatt „Vitorul“, daß die Kundgebungen in Klausenburg, Bukarest und Jassy zu verurteilen sind und daß sich in die Reihen der „patriotischen“ Studentenschaft fremde Elemente eingemengt haben, um Unruhen zu provozieren und religiöse Zwistigkeiten zwischen den Bürgern dieses Landes zu schüren und hierdurch Rumänien im Auslande zu diskreditieren. Deshalb wird gegen die Provokateure in der strengsten Weise vorgegangen werden. So lange die Unruhen andauern, werden alle Versammlungen verboten werden. — Wir sind sehr wenig überzeugt, daß der Innenminister wirklich durch die Tat das Treiben der Antisemiten, das Rumänien noch mehr diskreditiert, als dies bereits jetzt geschehen ist, verhindern wird.

Die Lohnverhältnisse in den militärischen Betrieben. Amtlich wurde gestern nachts gemeldet: Die Militärverwaltung beschäftigt in ihren Betrieben, Werkstätten und Anstalten Zivilarbeiterschaft, deren Dienstverhältnis durch privatrechtlichen Arbeitsvertrag ähnlich den Arbeitsverträgen in privaten Betrieben, geregelt ist. Die von der Militärverwaltung beschäftigte Arbeiterschaft ist ebenso bezahlt wie die übrige Arbeiterschaft, ja das Ministerium für Nationalarbeitgebung hat vielfach höhere Lohnsätze als Privatbetriebe festgesetzt. Außerdem werden den Arbeitern der militärischen Betriebe bedeutende Zulagen für die Erziehung der unverorgten Kinder gewährt. Als in den Jahren 1920 und 21 die Teuerung gestiegen war, wurden die Löhne dieser Arbeiterschaft erhöht und jetzt muß es naturgemäß zur Herab-

setzung der Löhne und Bezüge wie bei den übrigen Industriezweigen kommen. Die Herabsetzung wird aber nicht vor dem 1. Jänner 1923 stattfinden. Zu diesem Zwecke mußte der Kollektiv-Vertrag formal gekündigt werden. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft werden in den nächsten Tagen beginnen. Ueber die Richtlinien für die neuen Löhne werden die Gewerkschaftszentralen, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, rechtzeitig benachrichtigt. Die vorbereitete Lohnregelung wird dann in einer Veranlagungsversammlung verhandelt werden, in welcher die Arbeiterschaft durch 10 Delegierte vertreten sein wird. Was die Höhe der Löhne bei den Militärbetrieben anbelangt, werden sie nicht unter die Höhe der analogen Privatbetriebe sinken, im Gegenteil, sie werden bedeutend höher sein, wie dies die speziellen Interessen der Militärverwaltung erheischen.

Das militärische Disziplinar- und Strafrecht. bildet den Gegenstand einer Regierungsvorlage, die dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde. Die Vorlage erstreckt sich auf drei Teile. Der erste Teil befaßt sich mit dem militärischen Disziplinarrecht, das heißt mit dem Rechte der militärischen Vorgesetzten, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Disziplin, die ihnen Unterstellten zu strafen. Im Motivenbericht heißt es, daß es sich hier um Sachen handelt, welche bisher nicht durch das Gesetz, sondern nur durch die militärische Dienstordnung geregelt waren. Die Vorlage bedeute also gegenüber dem bisherigen Rechtszustand einen gewissen Fortschritt. Der zweite Teil befaßt sich mit den Strafausschüssen, die bisher Disziplinarausschüsse hießen und bezieht sich bloß auf die Gaskisten. Die Vorlage übernimmt hier unter anderem die bisher auch für die Disziplinarcommissionen der zivilen Staatsangestellten geltenden Bestimmungen. Der dritte Teil der Vorlage befaßt sich mit der administrativen Beseitigung der militärischen Charge in Fällen, welche ganz klar sind, so daß nicht nötig ist, daß der Entscheidung ein spezielles Verfahren vorgeht.

Streit der Hochschüler in Pavia und Turin. An der Universität in Pavia und an der technischen Hochschule in Turin sind die Hörer, die am Weltkriege teilgenommen hatten, wegen der Aufhebung der Begünstigungen in den Streit getreten. Der Unterrichtsminister hat die sofortige Schließung dieser Hochschulen angeordnet.

Die Ausschmückung des deutschen Reichstagsgebäudes. Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat der Ausschuss des Reichstages für Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschlossen, unter Heranziehung künstlerischer Vorschläge die Säle und Wandelhallen mit Bildern sowie mit republikanischen Fahnen und Wappen zu schmücken. Ein Standbild Wilhelm I. soll von seinem bisherigen Standort entfernt werden.

Ein Waffensund in Leipzig. In der städtischen Thomasschule in Leipzig wurde, den Blättern zufolge ein größerer Waffensund gemacht. Es wurden 340 Gewehre, zwei Minenwerfer mit Zugehör, vier scharfe Minen, zwei Maschinengewehre, 4000 scharfe Patronen und mehrere Kisten Handgranaten gefunden. Die Waffen waren in den großen Bodenkammern der Schule so unter dem Bodenbelag versteckt, daß für ihr Vorhandensein kein Anzeichen bestand. Wahrscheinlich wurden sie in der Zeit des Kapp-Putsch von der im Schulgebäude untergebrachten Reichswehr und den Zeitfreiwilligen versteckt.

Alkoholverbot in der europäischen Türkei. Aus London wird gemeldet: Die Einfuhr alkoholischer Getränke in die europäische Türkei ist von Donnerstag ab verboten. Die Vorräte, welche nicht innerhalb drei Wochen konsumiert werden, werden vernichtet.

Räuberbanden besetzen den Hafen von Tsingtau. Eine New-Yorker Meldung aus Tientsin besagt, chinesische Räuberbanden hätten den Hafen von Tsingtau, der Dienstag China übergeben werden sollte, besetzt. Die Bevölkerung sei geflüchtet. Japanische Torpedojäger seien unterwegs, um die Japaner zu schützen.

Fliegerunglück. Reuter meldet aus Nempont News: Bei einem Zusammenstoß zweier Flugzeuge sanken zwei Offiziere und vier Soldaten den Tod.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 1. Dezember 1922 umfaßt 20 Seiten und enthält folgende Artikel: Spareinlagen. Einige Worte an unsere Genossen Lagerhalter. Von Rudolf Kreisky (Prag). — Die ständige Konsumenten-Enquete. Von B—nn. — Die Genossenschaftsbewegung als Preisregulator. Von B—nn. — Genossenschaften und Handelsgericht. Von Landesgerichtsrat Dr. Oskar Koch (Reichenberg). — Restriktion der Großeinkaufsgesellschaft. Von Andreas Bulovich (Prag). — Aus der Konsumgenossenschaftlichen Praxis: Ein Wort an die politischen Parteien und Gewerkschaften. Von Anton Dörfel (Chodan). — Die Aufgabe von Frachtgütern. Von A. R. — Ferner einen ausführlichen Bericht über den internationalen Genossenschaftstag und die üblichen reichhaltigen Rubriken, zu denen eine neue: „Genossenschaftliche Bildungsarbeit“ hinzugekommen ist.

Die „Freie Gemeinde“. Die sieben erscheinende Nummer 28 der „Freien Gemeinde“ enthält in ausführlicher Weise die Stellungnahme des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zu der Behauptung, welche den Gemeinden seitens der Regierung zuteil wird. In einer Intervention der Genossen Deutel, Cermak, Schweichart und Genossen wird die Regelung auf das finanzielle Elend der Gemeinden aufmerksam gemacht und Abhilfe gefordert. Der im Wortlaut veröffentlichten Intervention geht die treffliche Rede des Gen. Schweichart „Gegen die Erdrosselung unserer Gemeinden“ an-

leitender Stelle voran. In einem Artikel „Eingeklöste Aufgabe“ bespricht Genosse Pölzl das Verhältnis der Gemeindevertreter zu den Angestellten und Bediensteten der Gemeinde. Sein Vorschlag zugunsten eines engeren Zusammenwirkens von Gewerkschaft und Gemeindefraktion wird bei den Gewerkschaftsfunktionären gewiß Beachtung finden. Die Rubrik Rundschau, bringt wie immer, eine Reihe wissenschaftlicher Mitteilungen und Anregungen für alle kommunalpolitisch tätigen Genossen. Eine Anzahl von Besprechungen neu erschienenen Bücher und Zeitschriften vervollständigt das inhaltlich reich ausgestattete Fest. Die „Freie Gemeinde“ darf bei keinem Funktionär und bei keiner Organisation fehlen! Preis vierteljährlich 4.50 K bei monatlich zweimaligem Erscheinen. Zu bestellen bei der Verwaltung Prag II, Havlíčkovo nám. 32.

Richtigstellung. In der gestern von uns veröffentlichten Bloßstellung der „Journalistischer Strauchritter“ sind im letzten Satz des dritten Absatzes versehentlich drei Worte im Druck weggeblieben. Der Satz soll richtig lauten: „Hierauf brachten unsere Genossen in der Hausführung des letzten Tages den in den Ausschüssen abgelehnten Minoritätsantrag mit dem Antrag auf namentliche Abstimmung ein, um so die Gesehwerdung des Schandwerkes zu verhindern.“ — Dieser Minoritätsantrag wurde bei der namentlichen Abstimmung mit 127 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Die Ueberführung der Prager Poststelle. Die Postabteilung der Polizeidirektion überledet am Montag, den 11. und Dienstag, den 12. in ihr neues Amtshaus (Prag II, Dittrichova ulice). Aus diesem Grunde entfällt an diesen Tagen der Parteidienst.

Die Rasenre werden billiger. Die Prager Rasenre haben beschlossen, das Haarschneiden, Rasieren und ihre übrigen Arbeiten um 25 Prozent zu verbilligen.

Ein Handwert, das goldenen Boden lat. Der Uhrmacher Franz Stejskal aus Pischowitz, Prag, übernahm von Kunden Uhren zur Reparatur, die er anstatt zu richten, ins Versahamt trug. In seiner Wohnung wurden nicht weniger als 22 Verjatzettel von über 80 Wunden, Stößen und Schenunghen gefunden. Die Geschädigten werden aufgefordert, ihre Ansprüche innerhalb drei Tagen beim Polizeikommissar Dr. Dalka (Weinberger Kommissariat) anzumelden.

Bei der Verfolgung von Räubern erschossen. In das Geschäft der Anna Remec in Pechot wurde am 25. November eingebrochen. Der Einbruch wurde von den Räubern der Frau Remec Aloisia und Wenzel bemerkt. Wenzel lief sofort zum Nachbar Franz Rudny und verständigte ihn von dem Einbruch. Rudny lief hinaus und gab einen Schreieschuss ab. Wenzel Remec nahm die Verfolgung der fliehenden Räuber auf, die auf ihn fünf Schüsse abgaben, wodurch der junge Bursche auf der Stelle getötet wurde.

Kleine Chronik.

Verbrennungstod zweier Kupferschmiede. Einen furchtbaren Tod erlitten in den Teutonikwerken in Hamburg zwei Kupferschmiede, die damit beschäftigt waren, in einem Destillierapparat Schwefelungen vorzunehmen. Während der Arbeit in dem Kessel entstand ein Feuer, durch das die Kleider der beiden Schmiede in Brand gerieten. Einer der beiden Schmiede verbrannte in dem Kessel bei lebendigem Leibe, während der andere listerlos brennend durch das Mannloch ins Freie kommen konnte. Er wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht wo er nach kurzer Zeit starb.

Tod durch Aspirinablen. Einen schweren Schicksalsschlag erlitt eine Familie in Liegnitz. Die beiden Kinder im Alter von acht und drei Jahren ahen aus einer Schachtel Aspirinablen. Das dreijährige Mädchen hatte nun wahrscheinlich zuviel von den Tabletten gegeben und verstarb innerhalb kurzer Zeit.

Fortschritte der Nordtechnik. Reuter meldet aus New York, daß ein neu konstruiertes Panzerauto mit dreizölligen Geschützen ausgerüstet worden sei, das sowohl auf dem Lande, wie auf dem Wasser verwendbar sein soll. Bei einer Probefahrt auf dem Lande sei eine Stundengeschwindigkeit von 30 englischen Meilen erzielt worden. Mit Hilfe seiner Schrauben habe dieses Panzerauto im Hudsonfluß 1 1/2 englische Meilen zurückgelegt.

Chauffeure vor den Leichen ihrer Opfer. Die beängstigend wachsende Zahl der Unfälle, die in den großen amerikanischen Städten durch über schnelles Fahren der Automobile verursacht werden, führt kürzlich in Detroit zu einer ungewöhnlichen Szene. Auf Befehl des Richters Parlett wurden zehn Chauffeure, die des Verstoßes gegen die Fahrordnung für schuldig befunden worden waren, in das städtische Leichenschauhaus geführt, um dort den Leichen von sieben Personen, die von Automobilen überfahren worden waren, gegenübergestellt zu werden. Der Richter ging dabei von der Anschauung aus, daß es einen heilsamen Eindruck auf die Automobilfahrer machen würde, wenn ihnen die verhängnisvollen Folgen des wahnwitzigen Schnellfahrens, das in Amerika jahraus jahrein 50.000 Unfälle zur Folge hat, vor Augen geführt würden. Die Chauffeure wurden in das Leichenschauhaus, wo Leichen von fünf Männern, einer Frau und einem Kinde ausgelegt waren, geführt und gezwungen mit dem Hute in der Hand die Augen auf die Toten zu richten. Richter Parlett befahl ihnen dann, ihre rechte Hand zu erheben und angesichts der Leichen zu schwören, daß sie in der Folge die Bestimmungen der Fahrordnung beachten und im gleichen Sinne auch auf ihre Freunde einwirken wollen.

Wirtschaft und Sozialpolitik

Im Kampfe gegen den Wucher in Deutschland.

Von unserem sächsischen Mitarbeiter.

Die sächsische Regierung hat Höchstpreise für Milch und Butter festgesetzt, um dadurch dem allerschlimmsten Wucher zu begegnen. Sofort aber wiederholte sich die Erfahrung aus der Kriegszeit, daß die Städte keine Milch mehr geben und auf den Märkten die Butter restlos verschunden ist. Auf der andern Seite ist die Kaufkraft natürlich gestiegen, hofft doch die arme Bevölkerung ebenfalls wieder einmal Zeitwaren zu einem erträglichen Preis erwerben zu können. Die Höchstpreise betragen ungefähr die Hälfte der Preise, die bisher bezahlt werden mußten. Aber die Bauern wissen, welche Macht sie im Staate darstellen; und haben sie auch in Sachsen politisch ausgespielt, so zeigen sie doch in wirtschaftlicher Hinsicht, von welchem Geiste sie sind. Auch in bürgerlichen Kreisen erkennt man das Bemerkliche ihrer Handlungsweise. Man fürchtet besonders in den Großstädten nicht mit Unrecht, daß das ausgehungerte Volk nicht nur Händlern, sondern auch Erzeugern gegenüber zur Selbsthilfe greifen könnte.

Zwischenfälle haben sich in Sachsen in den letzten Tagen schon genug ereignet, die für die, die es angeht, eine Warnung sein könnten. Zum Teil wurde den Händlern die Butter weggenommen und verkauft.

Die sächsische Regierung war sich natürlich klar, daß sie alle in die widerstrebigen Verhältnisse auf dem Ernährungsmarkt nicht zu regulieren vermag. Die Sabotage ihrer Verordnungen durch Agrier und Händler wird durch die Passivität der übrigen Länder des Reiches gestützt. So erklärt es sich leicht, daß die Mitglieder der Erzeugervereinigungen schon vor Erlass der Wucherbestimmungen der sächsischen Regierung aufgeschaltet wurden, Widerstand zu leisten. In einer Entschlieung des vogtländischen Milchproduzentenvereins in Plauen hieß es beispielsweise:

„Der Milchproduzentenverein fordert seine Mitglieder und die übrigen Landwirte auf, die Milch zu dem festgesetzten Preise nach wie vor weiter zu liefern, bis die Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium zum Abschluß gekommen sind.“

Die Milchproduzenten werden also aufgefordert, die Produkte nur zu den von den Landwirten festgesetzten Preisen zu liefern. Der Widerstand gegen die Regierung wird organisiert, die Arbeiter werden provoziert. Der Patriotismus der nationalistischen Kreise wird wieder einmal grell beleuchtet.

Sicherlich wird das sächsische Wirtschaftsministerium von dem eingeschlagenen Wege nicht zurückgehen. Dringend verpflichtet wären aber die Reichsregierung und die Regierungen der anderen Länder, Sachsen in seinem schweren Kampfe gegen den Wucher rasch und durchgreifend zu unterstützen. Die Erbitterung der Volkseigenen ist auf das höchste gestiegen. Gegen den Wucher muß erbarmungslos vorgegangen werden. Weichen die notwendigen Maßnahmen auf ein einzelnes Band beschränkt, dann ist ihre Wirkung von vornherein abgestumpft.

Der neue Reichsernährungsminister Dr. Luther hat dieser Tage in einer Rede in Berlin erklärt, manche seiner Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik würden vielleicht im ersten Augenblick nicht verstanden werden. Aber für sein Handeln gäbe es nur eine Richtlinie,

den Nutzen des ganzen Volkes. Bisher war die Ernährungspolitik des Reiches allerdings völlig unverständlich. E n e r g i s c h e M a ß n a h m e n würden dagegen sofort verstanden. Daß sie nicht beabsichtigt sind, zeigt die unklare Redeweise des neuen Ministers. Sie entspricht durchaus nicht Wesen des neuen Kabinetts, für das nicht proletarische, sondern kapitalistische Interessen maßgebend sind und das bald überall dort, wo es im Anfang günstig aufgenommen worden ist, stärkste Enttäuschung hinterlassen wird. Der Winter wird für das arbeitende Volk eine bittere, vielleicht aber heilsame Lehre sein.

Die Personalienkommission der Arbeitslosen. Der Vollzugsausschuß der tschechoslowakischen Arbeitergemeinschaft beschäftigte sich in seiner vorgestrigen Sitzung unter anderem mit der Einleitung der Einkommensteuer der von der Krise betroffenen Arbeiter und beschloß, in dieser Angelegenheit eine Aktion der Arbeitergemeinschaft zu veranstalten wegen Stundung der Zahlung.

Eine neue Bank in Reichenberg. Wie die Blätter melden, soll in Reichenberg eine deutsche Landbank mit einem Aktienkapital von zehn Millionen Kronen gegründet werden. Ihre Aufgabe soll insbesondere das Depositengeschäft und die Erteilung von Kommunalkrediten sein.

Das Gesetz über die Arbeitsvermittlung. Der Ausschuss stand auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses. Der Referent R a s s i l (tschechischer Sozialist) verlangt die Rückverweisung der Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuss, da über den § 3 eine Einigung nicht erzielt wurde. Die Vorlage ist im sozialpolitischen Ausschusse schon im Juni erledigt worden und wurde in der vorletzten Sitzung des Budgetausschusses von der Tagesordnung abgesetzt, um neuerliche Verhandlungen der Parteien zu ermöglichen. — Abg. Genosse T a u b wandte sich gegen den Vorschlag des Referenten, welcher einer Vergrößerung der Vorlage für lange Zeit gleichkommt, da dieser Ausschuss mit vielen anderen wichtigen Vorlagen beschäftigt ist. Er verlangt die weitere Verhandlung der Vorlage im Budgetausschusse und im Falle, daß seine völlige Uebereinstimmung mit der Fassung des sozialpolitischen Ausschusses erzielt wird, die Einsetzung einer gemischten Kommission nach § 43 der Geschäftsordnung aus Mitgliedern des Budget- und sozialpolitischen Ausschusses. Bei der Abstimmung erhielt der Antrag T a u b 8 Stimmen und der Antrag des Referenten ebenfalls 8 Stimmen, worauf der Vorstehende für den Referentenantrag stimmte, der somit angenommen war.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	110.00	110.00
Wien	110.00	110.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1259.00	1263.00
100 Mar.	934.50	938.50
100 schwed. Frank.	592.75	595.25
100 Lire	157.25	158.75
100 franz. Frank.	221.25	222.75
1 Pfund Sterling	143.00	144.50
1 Dollar	31.37.00	31.70.50
100 belg. Frank.	208.25	209.75
100 Dinar	44.75	45.25
100 österr. Kronen	0.04.25	0.04.75
100 poln. Mark	0.15.50	0.16.00
100 magy. Kronen	1.31.25	1.41.25

Züricher Schlusskurse.

Berlin	0.06.25	Paris	37.20.00
Wien	0.00.74	Konstantinopel	29.40.00
Prag	16.75	Budapest	0.22.00
Holland	212.00	Belgrad	0.07.00
Rein Flor.	0.31.00	Warschau	0.02.25
London	24.27	Wien zeit.	0.00.00

„Seit vielen Jahren weist unser Blatt darauf hin, daß die Männer, die das organisierte Proletariat Amerikas anführen, in ihrem Inneren Anarchisten sind, deren Absicht es ist, die Gewalt der Revolution auf unser schönes Land loszulassen. Wir haben ihnen verdröhligen Plan schon längst durchschaut: sie wollen die Statue der Freiheit stürzen, an ihre Stelle die Diktatur setzen. Aber, für wie schlecht auch immer wir diese Leute hielten, so waren wir dennoch nicht genug, ihnen zumindest ein primitives Anstandsgefühl zuzutrauen. Wenn sie schon für die Werte der Menschheit keine Achtung empfinden, so glauben wir, sie würden wenigstens Gottes Werke verschonen, die heiligsten Symbole der göttlichen Offenbarung an die leidende Menschheit. Gestern jedoch hat sich unserer Stadt ein Schauspiel, dessen schamlose Frechheit und gottschändliche Perversion die wilde Phantasie eines Teufels überbietet; und das hat bewiesen, daß die Führer der Arbeiterorganisation schändliche Entweiher aller Dinge sind, die für ehrenhafte Menschen als ehrwürdig und heilig gelten.“

Und was war dieses Schauspiel? Ein Fabrikant, getrieben von blinder und wir wollen es hoffen, gedankenloser Gewinnsucht, bringt in unsere Mitte einen angeblichen „Propheten“, der in seiner Kleidung jene heilige Gestalt nachahmt, deren Namen zu nennen uns der Respekt für die Religion verwehrt. Er bringt unter uns dieses niedrige, verderbte Geschöpf, das sich den Zeitungen als „eben von Gott gekommen“ vorstellt, läßt es geifernde Phrasen des Klassenhasses und der Klassenfremde sprechen, wie wir sie seit Jahren von den Dunnen und Dunnenfreunden zum Ueberdruß hören mußten. Diese ungeheuerliche Parodie der göttlichen Barmherzigkeit wurde in das Hauptquartier der Produzenten und der roten Revolution, in das Gewerkschaftshaus gebracht, und dort führte dieser Mensch vor den Tausenden unzähliger photographischer Apparate eine groteske Parodie der Krankenheilung und des Handauflegens vor. Die „Times“ bringt eine Abbildung dieser ungläublichen Inszenierung. Wir bitten unsere Leser um

Entschuldigungen, wenn wir derart die Pläne der Verführerläger unerschüttert, doch ist es nur auf diese Art möglich, die schändliche Beleidigung klarzumachen, die der Ehrbarkeit angetan wurde, und weitere Angriffe auf heilige Dinge zu verhindern. Ansehend soll dieser „Zimmermann“ — man beachte das läppische Wortspiel — zum Anwalt gemacht, soll die neueste Sensation unter den Minuspuppen werden, und das amerikanische Publikum soll zahlen, damit es sich anschauen könne, wie heilige Bilder von einem wirklichen „Propheten“ und „Wunderheiler“ gestiftet werden. Doch ist dies noch nicht das Äußerste. Der Obmann der Gewerkschaften, der ebenfalls noch unheiliger Verführer ist, hatte die Frechheit, diesen gottschändlichen Schmarotzer zu der sogenannten „Protestantenerkennung“, dieser Orgie der roten Revolution, einzuladen. Er und andere Individuen seiner Gattung riesen die Mäute auf, die den roten Ruin der Stadt organisieren, brüllen über die Polizei und den Gerichtshof, weil diese den Streikern das Recht verweigern, ehrliche, nach Arbeit suchende Männer mit Fingerringen zu beweihe und die Pistole des Bogchots gegen die Köpfe der Arbeitgeber zu richten, die es wagen, sich für amerikanische Freiheit und Demokratie einzusetzen! In unserer Stadt mußten wir bereits viel brüllenden Klassenhaß und Geiern mitanhören, doch noch nie wurden unsere Ohren durch etwas derart Umgehenswürdiges beleidigt: die Lehren Lenins und Trozkis, gekleidet in das Gewand der christlichen Offenbarung. Natürlich ist dieser Prophet ein Mann der brüderlichen Liebe und des Friedens, das versteht sich ja von selbst. Wer wir kennen diese Wölfe im Schafspelz, diese Rassisten und Weiberden der Menschheit, in deren Taschen das Gold der roten Internationale klappert, von deren Jungen die schleimigen Phrasen des Idealismus fließen, als Schmutz gegen die starke Hand des Gesetzes. Seit vier Jahren können wir in Russland ihr blutiges Werk beobachten. Wir aber rufen ihnen zu: wenn ihr glaubt, es werde euch gelingen, unter dem Mantel eines Kinokristentums in unserem Lande die Konfiskation

Gerichtssaal.

Der Kampf um die Grabstätte.

Prag, 7. Dezember. In Mnišek starb Wlodek März des Jahres 1920 ein gewisser Jaroslav Koubal, der ein Anhänger der tschechoslowakischen Nationalkirche war. Da es auf dem Friedhofe in Mnišek nun keine Abteilung für Angehörige der tschechoslowakischen Nationalkirche gibt und der katholische Pfarrer sich dagegen sträubte, daß „Keyer“ auf dem katholischen Friedhof begraben werden, so ging der Onkel des Verstorbenen, Emanuel Hojzel, zum Patronatsherrn des Dorfes Dr. Dader und verlangte von ihm, daß er die Beeridigung des Koubal im Grabe seiner Schwester gestatten möge. Dr. Dader verwies Hojzel zum Ortspfarrer, da die ganze Angelegenheit in dessen Kompetenz liege. Hojzel ging jedoch nicht zum Pfarrer, sondern zum Totengräber und versuchte diesen zu überreden, das Grab der Schwester des Koubal zu öffnen, damit das Begräbnis stattfinden könnte. Doch auch der Totengräber erklärte, daß er nur auf Befehl des Pfarrers ein Grab schaufeln könnte und daß er im übrigen vor dem Pfarrer Angst habe. Hojzel wurde bei dieser Unterredung mit dem Totengräber wütend und erklärte drohend, daß er den Pfarrer aus der Pfarrei und aus Mnišek herausreiben werde. Noch in derselben Nacht — es war am 17. März — begab sich Hojzel auf den Friedhof und schaufelte selbst das Grab der Schwester des Koubal aus. Als er eben daran ging, die letzten Spatenstiche auszuführen, kam der Totengräber, der durch das Spatengeräusch aufmerksam gemacht worden war, herbei und hinderte Hojzel an seiner weiteren Arbeit. Hojzel wurde wegen seines Vorgehens und wegen der Drohungen, die er gegen den Pfarrer ausgestoßen hatte, vors Gericht gestellt. Ein Straffenrat beim Prager Landesgericht verurteilte ihn heute wegen Vergehens nach § 206 des Strafgesetzbuches und wegen Vergehens gegen das Terrorgesetz zu zehn Tagen verschärfsten, jedoch auf zwei Jahre bedingten Kerkers.

Diebstähle in der Universitätsbibliothek.

Prag, 7. Dezember. In der Seminarbibliothek der juristischen Fakultät an der Prager Karls-Universität gingen im Jahre 1920 zahlreiche Bücher verloren. Der Verdacht, diese Bücher entwendet zu haben, fiel auf den Bibliotheksbeamten Wladimir Kozar. Da der Wert der entwendeten Bücher sehr groß war, so wurde ein Ueberwachungsdiens in der Bibliothek eingeführt, um den Täter möglichst schnell sicherzustellen. Eines Tages erwißte man auch den Beamten Konrad, wie er sich eben ein Bündchen mit Büchern zum Mitnehmen vorbereitete. Nach den Beobachtungen mußte Konrad mit einem zweiten Täter gemeinsam die Diebstähle ausgeführt haben. Konrad weigerte sich bei seiner Einvernahme jedoch entschieden, den Namen seines Komplizen anzugeben. Da Konrad bereits vorbestraft ist, so wurde er heute von einem Straffenrat (Vorsteher OBR. Mladik) zu drei Wochen unbedingten Kerkers verurteilt.

Kunst und Wissen.

Henny Porten in Prag. Es war vorauszuweisen, daß der große Lucerna-Saal ausverkauft sein würde, wenn diese berühmte Künstlerin zum Besuche loht. Wie im Theater waren die Menschen, daß sie den verbreiteten Ainoelbling endlich auch in leibhaftiger Wirklichkeit sehen und sogar spielen sehen sollten. Sicher, es hätte den meisten sogar bloß das Sehen genügt. Denn Henny Porten ist eine der populärsten und bekanntesten Persönlichkeiten im deutschen Volke. Ihre

Schauspielerkunst ist wirklich sehenswert. Im Ausdruck feillicher Gedankengänge, des Leidens und Schmerzes, der Ueberraschung, der Freude, der Verzweiflung und Angst ist ihr Mienenpiel von sprechender Wirkung. Und wenn sie in anmutigem Lächeln das Auge voll aufschlägt, geht Frühlingssonne von ihr aus. Das Geheimnis ihrer Kunst ist die Seele, die sie erfüllt, die Ehrlichkeit der Empfindung, die jede ihrer Bewegungen, jeden Blick bestimmt. Und das Geheimnis ihrer Erfolge? Die unausdringliche Lieblichkeit ihrer Schönheit und die beschriebene Schlichtheit ihres Auftretens. Zur Vollkommenheit fehlt nur noch, daß die Natur dieser großen Künstlerin auch ein großes Sprechertalent verliehen hätte. Das Stück, in dem Henny Porten auftrat und das sich „Das Spiel um's Leben“ nennt, soll ein musthaliches Mimodrama sein. Es ist aber nur ein Gelegenheitswerk. Den tieferen Sinn der Handlung wird ohne Programmklärung kaum jemand erfassen, auch trotz des sprechenden Spieles der Henny Porten nicht. Das Mimodrama braucht vor allem eine immer stehende, stark belebte und drastisch wirkende Handlung, nicht eine in feillichen Stimmungen und Erwägungen sich ergebende. Schmal ist Musik zu diesem Zweck ist gefällige, aber unbedeutende Salonmusik, ebenso wie die Klavierstücke, die der Komponist in dem Mimodrama vorangegangenen Konzert spielte. Als Pianist ist Herr Schmalstich wesentlich höher einzuordnen; denn er verfügt vor allem über eine saubere und flüssige Technik. Das Hauptereignis dieses Konzertes waren die Gesangsvorträge des Bassisten Leo Schilling von der Berliner Staatsoper. Dieser Sänger besitzt nicht nur ein kerniges und großes Organ, sondern auch eine für einen Bassisten ganz außergewöhnliche Stimmgabe. Fehl am Orte war die gleichfalls aus Berlin stammende Sopranistin Elisabeth van Erbert; weder ihr Programm, noch ihre Stimme vermochten uns von der Notwendigkeit ihres Singens zu überzeugen.

Albert Wassermann, anerkannt als einer der ersten Schauspielers Deutschlands, setzte Mittwochs sein Prager Gastspiel als Diegler in dem Sudermannschen Schauspiel „Stein unter Steinen“ fort. Über das Stück selbst sind nicht viel Worte zu verlieren. Es ist so, als ob es vor dem Gesicht, in die Vergangenheit zu verschwinden, dadurch noch bewahrt würde, daß Wassermann den Menschen darstellt, dessen Schicksal in den Mittelpunkt der Handlung gestellt ist. Sie verwundern ist nur, daß sich für diesen Sudermann noch kein Verfasser gefunden hat — für Effekt und Spannung ist hinterher geforscht. Wassermann läßt den unglückseligen Menschen, der in gerechter Leidenschaft einst einen anderen erschlug, die Tat in fünf schweren Inhaftationsjahren verbüßen, aber durch die „Moral“ der Spieles immer noch verdammt ist, die Folgen seines „Verbrechens“ und der Strafe wie unlösbar, riesenschwere Ketten mit sich tragen — Wassermann läßt diesen im Grunde durchaus aufrichtigen, edlen Menschen weit über das Maß Sudermannscher Kunst hinauswachsen. Er reproduziert nicht, sondern produziert, schafft förmlich eine eigene Gestalt, eigen bis in die kleinsten Einzelheiten. Wenn vor dieser Darstellung, die Passionsstürme auflöst, mander nur Bewunderung empfand, nicht aber das Gefühl innersten Erlebens hatte, so liegt die Schuld eben am Dichter, der sich zwar auf den Theatereffekt großartig versteht, dessen „Kunst“ aber deutlich wahrnehmbare Grenzen gesetzt sind. Mit seinen Fortritten konnte Wassermann im allgemeinen zufrieden sein, vor allem mit Herrn Romanowski, der den Gaijnwogel Zerkow so drastisch darstellte, daß ihm volles Lob gebührt. Die anderen, vor allem Frau Medelsky und Herr Kerner, mögen sich mit einer bescheidenen Anerkennung begnügen. Im übrigen wird Wassermann, der zuerst im sächsischen „Großen Parison“ und dann in dem bühnenwirtschaflichen „Stein unter Steinen“ Bewunderung erweckte, erst im Herbst die Dichterwelt finden, die seiner würdig ist.

Copyright 1922 by Der Wall-Verlag, Berlin-Colonier.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (30) Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Vom jüdischen Viertel war der Prophet ins Gewerkschaftshaus gegangen, hatte sich den Reportern gegenüber als ein eben von Gott kommener Prophet ausgegeben, der dem „Wobland“ eine Botschaft zu überbringen habe. Dann hatte er einen kranken Knaben geheilt; diese Szene war geschickt gerade vor einem photographischen Apparat gestellt worden. Die „Times“ behauptete nicht ganz offen, das Ganze sei eine Aino-rellame gewesen, doch beschrieb sie es so, daß man dies zwischen den Zeilen lesen konnte. Auch erwähnte sie L. S. auf eine Art, die erraten ließ, er hätte das Ganze veranlaßt, und machte über Mary Magna lustig, die ihre falschen Zukunftsprophetien ausgenommene Bild und noch eine Aufnahme, wie Zimmermann, von seinem Wob gefolgt, die Strafe entlangschreitet.

Die nächste Spalte brachte den Höhepunkt: die rote Aufrührerin in Grant Hall, James, der auffallende Zimmermann, habe sich in heftigen und halb wahnsinnigen Beschimpfungen der Reichen ergangen und der neue Prophet habe den Wob noch ärger aufgehitzt. Die „Times“ brachte auch Zitate, wie: „Glaube nicht, daß ich gekommen bin, um euch Bequemlichkeiten und Trägheit zu bringen; ich bringe der Welt Kampf und Unruhe.“ Ich las hastig den Leitartikel, der durch die Reihenletern der Ueberjügrist äußerst stark

„EINE SCHAMLOSE GOTTESLASTERUNG!“

Vielleicht gibt es auch in eurer Stadt eine „Times“, dann werdet ihr sicherlich ihren Stil erkennen:

des Besitzes und die Nationalisierung der Frauen vorbereiten, so unterschätzt ihr die Intelligenz der erwählten Bürger unserer großen Republik. Wenn wir nicht sehr irren, so werden die ordnungsliebenden und patriotischen Bürger unserer Stadt Mittel und Wege finden, diese Ratter zu vertreiben, ehe ihr Gift die Luft, die wir atmen, verpestet hat.“

85. Nachdem ich dies gelesen hatte, griff ich nach dem „Examiner“. Unser „Examiner“ interessiert sich weniger für moralische Fragen, ihm kommt es bloß auf die Verbreitung an; deshalb verläßt er sich auf Sensationen, besonders aber auf „Herzensfragen“, worunter er die Fragen des Unterleibes versteht. Auch in dieser Geschichte hatte er das Schwärzchen gefunden; dies bezogte die Ueberlaster:

„KINOKÖNIGIN VERKAUFT IHRE JUWELN. UM SIE GOTTES PROPHET ZU GEBEN!“

Dann folgte eine Schilderung, deren Mittelpunkt Mary Magna war, während L. S. und ich den Hintergrund bildeten. Der Reporter hatte die mexikanische Familie aufgespürt, bei der Zimmermann die Nacht verbracht hatte, und er machte in ergreifender Farben, wie der Prophet für Mary gebetet und sie zu einem tugendhaften Leben bekehrt habe. Wird die Millionendollar fürderhin ausschließlich in religiösen Filmen auftreten? fragte der „Examiner“. Da Mary sich über diesen Punkt ausgesprochen hatte, brachte die Zeitung ihr Bild in ihren gewagtesten Rollen, so zum Beispiel als Salome, nachdem sie den siedenden Schiefer fallen gelassen hat. Und daneben Zimmermanns Bild!

(Fortsetzung folgt.)



Für jede Küche!

Die neuen Rezeptbücher

mit über 50 ausprobierten Vorschriften für einfache und feine Mehlspeisen und Bäckereier sind erschienen und stehen allen Hausfrauen, Köchinnen, Haushalt- und Kochschulen umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine **Postkarte an**

Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn

Neben unserem vielbewährten Dr. Oetker's Backpulver „Bäckin“ und Dr. Oetker's Vanillinzucker sind wieder zu haben: Dr. Oetker's Feinmehl-pulver mit Vanille-, Mandel- und Schokoladengeschmack Dr. Oetker's Hausnatron Dr. Oetker's Roggen-Speisegelatine weiss und rot

1261

Neues Theater. Heute, den 8.: „Cibello“ mit Boffermann; Samstag, den 9.: Urania-Vorstellung „Freischütz“, abends Abschiedsgastspiel Boffermann „Der große Bariton“, 10 Uhr nachts: Nach Wiganan-Lanzabend; Sonntag, den 10.: nachm. „Sans Gene“, abends „Jaubersflöte“.

Kleine Bühne. Heute, den 8.: Vorabendvorstellung „Schöne Seelen“; Samstag, den 9.: „Candida“; Sonntag, den 10.: „Der müde Theodor“.

keine Schaufenster vorhanden sind, sich persönlich in den Lokalitäten zu überzeugen, ehe man den Einkauf besorgt. Für jedes Stück wird für Postart und Auslieferung garantiert. Arbeiter, unterrichtet über Arbeiter-Unternehmen! 1251 a)

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holth.

Bio-Programm

vom 8. bis 14. Dezember.

Lido-Bio

PREMIERE
Das goldene Schlüsselchen.
Landstreicher-Historie in 5 Akten. Sujet: Karl Capek, Autor: R. U. R., Regie: Jaroslav Kvapil
Handlung in Prag und Umgebung.
Nächstes Programm: DIE DREI MASKEN.

Anglo-Čechoslovak. Bank

Prag, Hybernská 5.

Telegr.-Adresse: Telefon Nr. 6603, 6-01, Anglobank, Prag, 6-02, 6-03, 6-04, 6-05.

Aktienkapital Kč 120,000,000.-

FILIALEN: Aussig, Bodenbach, Brünn, Brüx, Eger, L. B., Falkenau a. E., Franzensbad, Gmünd (Böh.), Johannishof, Kadan, Karbitz, Karlsbad, Komotau, Königgrätz, Leitmeritz, Lobositz, Marienbad, Olmitz, Pardubitz, Pilsen, Prossnitz, Saatz, Teplitz, Teichow, Trautenau, Weipert, Znojmo.

LAGERHAUSER: Jentschen a. E., Prag (Station Denis-Bahnhof).

EXPOSITUREN: Prag, Mikuláská, Karolinental, Královská.

Durchführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.

Kaufet nur gute Waren

zu billigen Preisen. Chiffone Kč 3.00, Kanafasie Kč 7.00, Bettuch 145 cm Kč 10.50, Julett 1:0 cm Kč 8.0, Taschentücher, Damast, Ortbl etc. - Weberei und Textilwaren en gros. 1241

Baldousky Breiller & Co., Prag, Celestina 3.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 1008 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 1008 Prag-Nejzantska

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetná 22 (Urania). 1008

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Wollen Sie häufigen Verdienst? Schreiben Sie Brož, Karda Režec. 110

ORGA
Schreib-Maschinen
Modell 1922 23
Hefert billigst
ORGA Aktienges. Prag II., Kaprova 12

Piering-Sent u. Essig bei der beste zu haben in allen Consum-Vereinen

Turnen und Sport

Wien gegen Prag. Bei dem am Sonntag stattfindenden Wettspiele Wien gegen Prag spielt folgende Mannschaft für Prag: Chana (Slavia); Dojer (Sparta), Zeifert (Slavia); Kolonath, Rada, Cerveny (alle Sparta); Sedláček (Sparta), Slapl (Slavia), Pílat, Dvořák (beide Sparta), Jelinek (Viktoria). Ersatzleute: Raca, Bilda, Fodr (alle Slavia), Hajny, Fanda (beide Sparta), Vetiška (Viktoria), Müller (CAFČ.) und J. Kode (Ruselst). Als Vorspiel gelangt das Treffen der Gaumannschaften von Südböhmen und Prag (Viktoria Ziklow) zur Austragung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
189

Die heutige Droffe lautet: Preisabbau! Lohnkürzung! Sparen! Die „Erste Arbeiter-Bekleidungs-genossenschaft, o. m. b. H., Kleiderfabrik in Prohňk“, Hauptniederlage in Prag I., Melantrichova 8, 1. Stock, verkauft alle Sorten von Herren-Raglanen, Wintermänteln, Mänteln, und Knaben-anzügen in den billigsten Preislagen bis zu den besten Ausführungen zu Fabrikpreisen. Sie ersparen hierbei sehr viel Geld und Zeit. Es lohnt sich, da

Toilette-, Rasier-, Mandel- und Glycerin-Seifen

mit der „Vienne“ sind die besten und beliebtesten Seifen. Zu beziehen durch die G. G. C. Prag. Zur Weihnachtszeit empfehlen wir: Figuren und Nachbildungen aus feinsten Seife, Weihnachtskerzen zu billigen Preisen. Rechtzeitig bestellen.

Winterkleider

für Herren, Knaben, Kinder

kaufen Sie am allerbesten aus unserer Fabrik bei der

Ersten Arbeiter-Bekleidungs-genossenschaft
Prag I., Melantrichova 8, 1. Stock.

Filialen: PRAG-NUSLE, Riegrové nám 415
PRAG-LETNÁ, Strömajerovo nám. 3.

Keine Schaufenster. 1201
Besichtigung ohne Kaufzwang empfohlen.

Orkan (The storm) der größte Film Erstaufführung 8. Dezember im Bio Hvězda. Amer.kas. Universal-Film, Prag.

Die ganzen 28 Jahre seit der Gründung meines Unternehmens ging mein ganzes Bestreben dahin, meinen Kunden den größten Dienst für die kleinste Gegenleistung zu erweisen.

Ich gewann sehr reiche Erfahrungen, welche es mir ermöglichen, gute Ware zu den heutigen billigen Preisen zu verkaufen, aber ich bin mir dessen bewusst, daß in meiner Geschäfts- und Industrie-Organisation Mängel bestehen, die es mir bei ihrem Nichtvorhandensein ermöglichen würden, meine Kunden noch besser zu bedienen.

Mein Ideal ist es, meine Kunden zufriedenzustellen. Ich habe in dieser Beziehung alles getan, was mir möglich war. Jedoch meine Kunden, die meine Schuhe tragen, kennen sicherlich die Fehler und Unzulänglichkeiten, die es verhindern, daß sie mit meinen Waren vollständig zufrieden sein können. Ich werde ihnen ungemein dankbar sein, wenn sie mich dieses wissen lassen.

Sie mögen dies auch im Interesse der anderen Kunden tun.

Um alle meine Kunden anzusprechen, schreibe ich hiermit einen Preis von Kč 5.000.- für den besten Rat aus, wie eine Verbesserung meiner Waren oder meiner Organisation möglich wäre, um meine Kunden in noch höherem Maße zufriedenzustellen.

Ich lade alle meine Kunden ein, sich an dem Ausbau meines Unternehmens zu beteiligen und verpflichte mich, jeden wirklich wertvollen Rat zu belohnen.

Ich betrachte jeden Kunden als Kern meines Unternehmens und deshalb möge ein jeder von seinem Recht in seinem eigenen und im Interesse aller übrigen Kunden Gebrauch machen.

Die Antworten werden wir in den Tageszeitungen bekanntgeben.

Bata.